



**Konsequent
sozial, ökologisch,
antirassistisch.**

**Wann,
wenn nicht
jetzt?**

DIE LINKE.

www.dielinke-essen.de

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE
zur Kommunalwahl 2020 in Essen

Impressum

DIE LINKE. Essen
Heinz Renner Haus
Severinstraße 1
45127 Essen

Telefon: 0 201 / 89 07 77 90
Mail: kontakt@dielinke-essen.de
www.dielinke-essen.de
V.i.S.d.P. Lea Guse

DIE LINKE. Essen ist bei Facebook, Instagram,
Twitter und Youtube.

Inhalt: Konsequent...

Sozial

Arbeit: 30 Stunden Woche für alle!	11
Armut bekämpfen, nicht arme Menschen!	13
Bildung, Weiterbildung und Ausbildung – ein universelles Menschenrecht	15
Drogenpolitik: Für einen entspannten & sicheren Umgang	47
Finanzen: Solidarität statt Kaapitalismus.....	58
Gerechtigkeit für alle Geschlechter	26
Gesundheit ist keine Ware	27
Inklusion für Menschen mit Behinderung	29
Kinder und Jugend: Gleiche Chancen von Anfang an	32
Mobilität: Für eine echte Verkehrswende.....	48
Ordnungspolitik: Soziale Sicherheit statt Ausgrenzung	38
Senior*innenpolitik: Selbstbestimmtes Leben für jedes Alter	39
Sexarbeit: Probleme anpacken anstatt Menschen ausgrenzen!	40
Solidarische Stadtplanung: Für eine lebenswerte Stadt für alle!	42
Wirtschaft: Menschen vor Profite	53
Wohnen: Mit der Marktlogik brechen!	55

Ökologisch

Ökologie: System Change Not Climate Change!.....	35
Demokratie: Deine Stadt – Deine Entscheidung	22
Digitalisierung & Smart City demokratisch gestalten	23
Mobilität: Für eine gerechte Verkehrswende!.....	30
Wirtschaft: Menschen vor Profite.....	53

Antirassistisch

Antifaschismus: AfD, „Steeler Jungs“ & CO. keine Chance geben.....	9
Bildung, Weiterbildung und Ausbildung – ein universelles Menschenrecht	15
Demokratie: Deine Stadt –Deine Entscheidung	22
Frieden: Nie wieder „Waffenschmiede des Reichs“	24
Gerechtigkeit für alle Geschlechter!	26
Kultur von allen für alle! – Für kulturelle Freiräume.....	33
Migration – für eine Gesellschaft der Vielen	30
Sport: Breitensport statt Olympia	41

Essen: konsequent sozial, ökologisch, antirassistisch

Es liegt an uns allen. Wir können diese Stadt verändern. Wir können die Zukunft für uns alle gerechter und besser machen. Ein gutes Leben für alle ist längst möglich. Der Reichtum wächst jeden Tag, aber er kommt nur Wenigen zugute. Die Welt ist aus den Fugen geraten, es liegt an uns, sie neu zu gestalten:

Die Corona-Pandemie macht die Schwächen einer ungerechten, unsozialen Gesellschaft überdeutlich. Die Leidtragenden der Krise sind in erster Linie Menschen, die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen leben, Niedriglöhner*innen und diejenigen, die auf Sozial- und Transferleistungen angewiesen sind. Darüber hinaus trifft sie besonders Alleinerziehende, Migrant*innen sowie Menschen, die die Hilfe Dritter benötigen. Aufgrund der Coronakrise haben viele Menschen ihre Arbeit verloren, sind in Kurzarbeit oder es droht ihnen Arbeitslosigkeit. Auch auf kommunaler Ebene muss daher alles unternommen werden, um die Folgen der Krise abzumildern.

Die Corona-Epidemie zeigt uns, wie wichtig eine funktionierende soziale Infrastruktur für unsere Stadt ist und welche Jobs tatsächlich systemrelevant sind. Nicht Investmentbanker*innen oder Immobilienmakler*innen stellen die Versorgung der Bevölkerung sicher, sondern die Mitarbeiter*innen des Einzelhandels, der Pflege, der Betreuungseinrichtungen für Alte und Kranke. DIE LINKE fordert, die Leistungen dieser Menschen mit dauerhaften Lohnverbesserungen zu würdigen, anstatt sie mit einer Einmalzahlung abzuspeisen. Darüber hinaus müssen alle kommunalen Einrichtungen der Stadt für die Zukunft krisenfest gemacht werden. Überschuldete Städte wie Essen brauchen dafür finanzielle

Spielräume; Land und Bund müssen zur Entschuldung beitragen.

So verunsichert die Menschen beispielsweise die Sorge, ob Krankenhäuser, die immer mehr auf Profit getrimmt werden, zukünftig noch in der Lage sein werden, eine ausreichende medizinische Versorgung zu gewährleisten. Besonders das Personal der Krankenhäuser, das bereits vor der Krise überlastet war, muss unter Gefährdung der eigenen Gesundheit Mehrarbeit leisten. Eine bessere Bezahlung – 500 Euro mehr Grundgehalt, wie DIE LINKE fordert – wäre ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation.

Die Schließung von Kitas und Schulen bringt Berufstätige, besonders Alleinerziehende in große Schwierigkeiten. Der Unterricht zu Hause, der digitale Fernunterricht, funktioniert sehr schlecht als recht. Wenn die Schule überhaupt digitale Unterrichtsformen anbietet, können Kinder aus einkommensschwachen Familien, die nicht über die benötigte technische Ausstattung verfügen, nicht teilnehmen. Gerade diese Schüler*innen geraten dadurch weiter ins Hintertreffen. Die Ausstattung der Schulen muss daher so verbessert werden, dass in Zukunft alle Kinder und Jugendlichen am digitalen Fernunterricht teilnehmen können.

Kinder aus einkommensschwachen Familien waren auch vom Wegfall des Schulesens betroffen. Die Forderung der Linksfraktion im Rat, den Kindern das kostenlose Mittagessen auch während der Schul- und Kitaschließungen zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt, obwohl die Finanzierung vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zugesichert wurde. Hier muss eine Regelung für die Zukunft her. Auch die Schließung der Tafeln stürzte viele

Menschen in Existenznöte. Eine Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro, wie von DIE LINKE gefordert, soll dazu beitragen, dass die betroffenen Menschen weiterhin ihre Versorgung sicherstellen können.

Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, dass Essen eine sozial gerechte Stadt wird und Krisen wie die Corona-Pandemie, die besonders die einkommensschwachen Bürger*innen treffen, die soziale Spaltung nicht weiter vertiefen! Dies geht nur solidarisch.

Stellt Euch ein Essen vor, in dem es keine Sanktionen im Jobcenter gibt und in dem der Nahverkehr kostenlos und für alle erreichbar ist! Ein Essen, das sich von Alt-schulden befreit hat und in dem Menschen in Rente und ALG II-Bezug sowie Kinder kostenlos ins Schwimmbad gehen können. Ein Essen, in dem guter und bezahlbarer Wohnraum für alle vorhanden ist.

Ein Essen, in dem niemand am Existenzminimum leben muss. Ein Essen, das seinen Boden entsiegelt und zehntausende neuer Bäume pflanzt, das den Fahrradverkehr auf Kopenhagener Niveau ausbaut und in dem auf den begrünten Dächern Solaranlagen stehen.

Ein Essen, in dem demokratische Entscheidungen im Alltag der Menschen integriert sind. Ein Essen, in dem alle gerne zusammenleben – ob in Katernberg, Bergeborbeck, Rüttenscheid, Steele oder Burgaltendorf!

Denn jeder Mensch ist es wert: ob er gerade erwerbslos ist oder überarbeitet. Ob zugewandert oder hier geboren. Ob er Ruhrdeutsch spricht oder nicht: Wir wollen mit allen Menschen gemeinsam für ein Essen kämpfen, das für die Vielen da ist, nicht für die Wenigen. DIE LINKE steht für ein soziales, ökologisches und solidarisches Essen. Wir streben eine neue demokrati-

sche Stadtpolitik an, in der Entscheidungen nicht mehr von den Banken und Konzernen bestimmt werden.

Wir wollen Schluss machen mit einer Politik, die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur setzt. Wir wollen Reichtum umverteilen und die Einrichtungen und Betriebe der Daseinsvorsorge, wie z. B. Krankenhäuser, Verkehr und Energieversorgung in öffentlicher Hand halten bzw. zurückführen. Wir werden alles dafür tun, dass die Spaltung der Stadt überwunden wird. Alleine in Essen leben ca. 120.000 Menschen von Sozial- bzw. Transferleistungen (z.B. nach SGB II oder XII). Mit dieser Politik muss endlich Schluss sein!

Wir setzen uns dafür ein, dass in Essen viele neue öffentliche Jobs geschaffen werden, die dem Allgemeinwohl dienen: im Landschaftsbau, im Nahverkehr, der bürger*innennahen Verwaltung, den Sportanlagen, in Schulen, in der Pflege, in Kindertagesstätten, der Ganztagsbetreuung, in der Entsorgung, in Kulturbetrieben und vielen, vielen weiteren Orten. Und dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Als DIE LINKE Essen werden wir dafür kämpfen, dass die Stadt bis spätestens 2030 klimaneutral wird und die CO₂-Emission nettonull erreicht. Dabei steht für uns die Klimagerechtigkeit im Mittelpunkt: soziale Politik und der Kampf gegen den Klimawandel gehören zusammen. Statt vielspuriger Straßen soll es einen reibungslos funktionierenden Bus- und Bahnverkehr geben, und zwar zum Nulltarif. Außerdem muss es gut ausgebaute Fahrrad- und Fußwege sowie sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben. Andere Städte und Länder machen erfolgreich vor, wie der Verkehr der Zukunft aussehen kann.

Wir werden darum kämpfen, dass neue,

preiswerte Wohnungen in genossenschaftlicher oder öffentlicher Hand gebaut werden. Dafür wollen wir vor allem Brachflächen nutzen oder leerstehende Gebäude umfunktionieren. Unser Ziel ist ein Mietendeckel.

Wir setzen auf faire und ressourcenschonende Produktion und den entsprechenden Handel, auf eine regionale Kreislaufwirtschaft ohne unnötige Transportwege, auf die Vermeidung von Abfall, die drastische Reduzierung von Plastik und anderen unnötigen Verpackungs- und Einwegprodukten. Vor Ort unterstützen wir Tauschbörsen, Flohmärkte, die auflebende Kultur der

Garagentrödelmärkte sowie Repair-Cafés, in denen Menschen sich begegnen und einander helfen.

Der Umbau der Gesellschaft kann in Essen tausende neue und gut bezahlte Jobs schaffen und das Leben von hunderttausenden Bürger*innen verbessern. Doch das alles werden wir nicht alleine im Stadtrat oder Parlament erreichen. Nur gemeinsam mit Mieter*innen-Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften, Migrant*innen-Vereinen und vielen weiteren Organisationen, die für ihre Rechte auf die Straße gehen, können wir diese Stadt zum Besseren verändern.

I. Antifaschismus: AfD, „Steeler Jungs“ & Co. keine Chance geben

Für DIE LINKE Essen ist Antifaschismus eine notwendige, tägliche Aufgabe: Bildungsarbeit, öffentliche Veranstaltungen, Vernetzung von unterschiedlichen Organisationen wie z.B. Gewerkschaften, Kirchen und Parteien in Bündnissen und dem Aufbau basisdemokratischer Strukturen. Gemeinsam müssen wir den Widerstand auf der Straße organisieren, gegen faschistische und nationalistische Umtriebe, die in Essen leider zugenommen haben.

Wir solidarisieren uns mit antifaschistischen Organisationen und Bewegungen wie „Black Lives Matter“ und stehen für ein solidarisches Miteinander ohne Ausgrenzung. Wir stellen uns den erstarkenden rechten Parteien und faschistischen Gruppierungen entgegen. Rechte Parteien und Organisationen geben sich oft als „Anwalt der kleinen Leute“ aus und versuchen, sich als „Beschützer der Deutschen“, insbesondere der „deutschen Frauen“, im öffentlichen Raum zu etablieren, wie es z.B. die so genannten Steeler, Huttroper oder Altenessener Jungs

tun, die regelmäßig aufmarschieren.

Doch die eigentliche Gefahr geht von ihnen aus: Sie sind rassistisch, antisemitisch, faschistisch, sexistisch, nationalistisch und diskriminierend gegenüber allen Menschen, die nicht ihrem menschenfeindlichen Weltbild entsprechen. Sie verbreiten Hetze gegen vermeintlich kriminelle Migrant*innen und lenken damit von den eigentlichen Gründen für Armut und Kriminalität ab. Faschistische Organisationen und Parteien versuchen, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben und Menschen gegeneinander auszuspielen, deren Anliegen und Bedürfnisse die gleichen sind.

In Essen haben wir leider schon jetzt mehrere rechte Organisationen mit hoher Gewaltbereitschaft. Diese greifen bestehende Vorurteile auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. Darüber hinaus beteiligen sich Anhänger*innen der rechten Szene an Demonstrationen gegen Corona-Auflagen

und suchen bewusst den Schulterchluss mit Corona-Leugner*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und so genannten Reichsbürger*innen, um gegen den Staat mobil zu machen und die Proteste für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dadurch erhält die Kritik an den Corona-Maßnahmen eine militant-aggressive Note. Auch besteht die Gefahr, dass sich Menschen aus dem bürgerlichen Lager, die ihre Frustration über Jobverlust, Existenzangst und die Einschränkung persönlicher Freiheiten bei Demonstrationen äußern, mit den Rechten zusammenschließen und radikalisieren. Dem muss mit sachlichen Argumenten und wirtschaftlichen Hilfen entgegen getreten werden, um die Entstehung einer radikalen Bewegung zu verhindern, die den demokratischen Diskurs verlässt und den rechten Rattenfänger*innen Zulauf beschert.

Ihre Ideologie ist antidemokratisch und menschenfeindlich. Sie sind gewaltbereit und damit vor allem eine Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen dieser Diskriminierungen. Der Schutz der betroffenen Menschen muss deshalb endlich an erster Stelle stehen. Wir fordern eine konsequente Umsetzung der existierenden Resolution gegen die so genannten Steeler Jungs sowie eine Ausweitung auf andere Stadtteile! Auch die Fanszene von Rot-Weiss Essen ist durchsetzt von rechtsradikalen Hooligan-gruppierungen. Hier muss es endlich eine klare Kante gegen Rechts geben.

DIE LINKE Essen ist Teil der antifaschistischen Bewegung und arbeitet in Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Hass und Spaltung. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert werden. Oft werden rechte Demonstrierende polizeilich geschützt, während Gegenproteste durch Behördenmaßnahmen behindert werden. Polizei und Stadt Essen müssen alle Möglichkeiten nutzen, um deutlich zu machen, dass rechte Veran-

staltungen in Essen nicht erwünscht sind. Gemeinsam mit allen Antifaschist*innen werden wir uns rechten Aufmärschen stets mit Gegendemonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams in den Weg stellen und im Stadtrat dafür kämpfen, dass Rechtspopulist*innen, Nationalist*innen und Faschist*innen keine Plattform bekommen.

Die verschiedenen Bombendrohungen gegen Essener Moscheen, Angriffe auf Menschen muslimischen Glaubens und islamfeindliche Beleidigungen zeigen, dass das von der Mehrheit der etablierten Politik ignorierte Thema des antimuslimischen Rassismus schärfer angegangen werden muss. Wir werden uns in den kommenden fünf Jahren weiterhin konsequent gegen antimuslimische Gewalt und Hetze stellen.

Dabei kommt es drauf an, neben Protesten auch Bildungsangebote zu schaffen, damit nicht nur rechte Proteste unterbunden werden, sondern Rassismus auch in den Köpfen der Menschen keinen Platz findet. In Essen und überall gilt: keinen Meter für Hass und Hetze!

Was tun?

■ **Antirassistische Bildungsprogramme** an Schulen, der alten Synagoge, der VHS und Kultureinrichtungen stärken. Das Programm „Schule ohne Rassismus“ flächen-deckend umsetzen.

■ **Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft** durch dauerhafte finanzielle Unterstützung in Essen, insbesondere bestehender Netzwerke und Bündnisse gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegenüber Roma und Sinti, antimuslimischen Rassismus, Sexismus sowie gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit (z.B. Essen stellt sich quer oder Steele bleibt bunt). Dazu zählen auch der

Erhalt und Ausbau von Jugendzentren und der Betreuung durch fachlich geschultes Personal.

■ **Berliner Konsens im Essener Rat:** keine Zusammenarbeit und keine freundlichen Umgangstöne mit Rechtspopulist*innen und Faschist*innen, egal ob Anfrage, Antrag oder weitergehend.

■ **Ausbau von städtischen Büros für Antidiskriminierungsarbeit** und Hilfsangebote für Betroffene von Rassismus in den Essener Stadtteilen.

■ **Regelmäßige Unterrichtung im Stadtrat und Polizeibeirat** über rechtsmotivierte Vorfälle und Straftaten sowie die Erstellung eines jährlichen, öffentlichen Berichts.

■ Die Stadt Essen fordert den Verein Rot-Weiss Essen im Zusammenhang mit der Verpachtung der Hafestraße auf, **Fanprojekte gegen Rechtsextremismus** für alle Altersgruppen einzurichten.

■ **Förderung von Aussteiger*innenprogrammen** für Essen und das Ruhrgebiet.

■ **Die Verbrechen des Faschismus und Kolonialismus in Erinnerung rufen** sowie Orte des Gedenkens schaffen. Stärkere Förderung von Projekten zur Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Essen sowie die Förderung von aufarbeitenden Kunstprojekten. Dabei muss auch die Verlegung von „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus stärker gefördert werden.

■ **Umbenennung** aller nach NS-Personen und anderen deutschen Kriegsverbrecher*innen benannten **Straßen**, z.B. nach widerständigen und verfolgten Essener*innen.

■ **Einberufung** einer jährlichen stadtweiten Woche **gegen Rassismus**.

■ **Umwandlung des „Ruhrkämpferdenkmals“ in Essen-Horst;** historische Einordnung, da es 1934 unter der Hakenkreuzfahne eingeweiht wurde und immer noch Treffpunkt von rechten Gruppen ist.

II. Arbeit: 30 Stunden Woche für alle!

Die Stadt Essen steht vor großen beschäftigungspolitischen Herausforderungen. Das Ende der großindustriellen Phase, der Niedergang von Bergbau und Schwerindustrie und die neoliberale Politik haben tiefe Narben in der Stadt hinterlassen. Der Verlust der industriellen Arbeitsplätze, die meist sicher und relativ gut bezahlt waren, konnte nie durch neue Dienstleistungsbranchen vollständig kompensiert werden. Die bisherigen politischen Maßnahmen sind unzureichend. Die Erfahrung zeigt: Solange der Arbeitsmarkt den Profitinteressen untergeordnet ist, also dem kapitalistischen Prinzip folgt, sind die Beschäftigten die Leidtragenden.

DIE LINKE Essen setzt sich ein für unbefristete, tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sowie für höhere Löhne und Gehälter. Die gestiegene Arbeitslosigkeit infolge der Coronakrise hat die Situation besonders in den unteren Einkommensgruppen weiter verschärft. Die Stadt muss sich im Rahmen ihrer Möglichkeit stärker engagieren, um sichere und krisenfeste Jobs einzurichten und zu fördern. Die Instrumente, die wir dafür nutzen wollen, sind gute Beschäftigungen im öffentlichen Dienst und staatliche Investitionen in Soziales, Bildung, Umwelt und Verkehr.

Die Stadt Essen als Arbeitgeber muss aufhören, sich über Fremdvergaben am Lohn-dumping zu beteiligen. Das heißt aber, dass die Stadt selbst mit guten Jobs dafür sorgen muss, das zu ändern. Sie muss den Impuls in die richtige und nicht in die falsche Richtung setzen. Die Beschäftigten der Stadt, ihrer Betriebe und der für sie arbeitenden Unternehmen dürfen nicht länger für die Haushaltssanierung missbraucht werden.

Wir treten deshalb dafür ein, im öffentlichen Dienst den Stellenabbau der vergangenen Jahre rückgängig zu machen und Auszubildende unbefristet zu übernehmen. Außerdem brauchen wir kommunale Personalaufbaupläne. Hinzu kommt der Ausbau der kommunalen Eigenbetriebe im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Von diesen Stellen sollen alle Menschen in gleichem Maße profitieren können und gleiche Chancen haben, sich zu bewerben. Dafür muss das Bewerbungsverfahren anonym sein und der „Tausendstellenbeschluss“ (Stellenabbau), den Oberbürgermeister Thomas Kufen damals aktiv unterstützte, rückgängig gemacht werden.

Nach dem Ende von Bergbau und Schwerindustrie sowie dem Niedergang traditioneller Arbeits- und Beschäftigungsformen befinden wir uns längst im nächsten Übergang, der auch und vor allem auf lokaler Ebene stattfindet: Die Digitalisierung mit all ihren Konsequenzen auf so ziemlich allen Ebenen des gesellschaftlichen Seins.

In der aktuellen kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedeutet das für viele Menschen drohende Arbeitslosigkeit und Existenzängste. DIE LINKE Essen sieht allerdings auch die damit verbundenen positiven Entwicklungsmöglichkeiten. Wird die Digitalisierung richtig eingesetzt, können Produktivität gesteigert und Arbeitszeit verringert werden. Somit profitieren alle vom Fortschritt, nicht nur einige wenige. Mit Beginn der Coronakrise konnten viele

wichtige Angebote und Informationen der Stadtverwaltung über das Internet bereitgestellt werden. Dies hat die Bedeutung einer soliden digitalen Infrastruktur der Stadt, die alle nutzen können, deutlich gemacht. Wir brauchen deshalb klare Regeln, die alle Beteiligten der digitalen Wirtschaft zur Einhaltung von fairen Standards verpflichten.

Damit die Digitalisierung den Menschen nutzt, muss die allgemeine Arbeitszeit massiv gesenkt werden. 30 Stunden pro Woche bei vollem Entgelt- und Personalausgleich ist unsere konkrete Forderung. Sie ist aufgrund des erheblichen Produktivitätssprungs möglich und sie muss politisch und gesellschaftlich eingefordert werden.

Deshalb muss die Stadt alle Stellen, die bisher ausgelagert wurden, in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (Wegfall der „zweiten Tariflinie“) zurückholen. Sie darf keine Aufträge mehr an Unternehmen vergeben, die weniger als mindestens 13 Euro zahlen. Das Vergabegesetz des Landes muss entsprechend geändert werden. Um ein solches Ziel umzusetzen, soll die Stadt einen wirksamen Whistleblower*innen-schutz, mindestens der Empfehlung der EU-Kommission entsprechend, beschließen.

Auch zeigte sich in der Krise, dass für viele Menschen die Arbeit von zu Hause, das Home-Office, eine echte Alternative sein kann. Gerade für Familien und Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder chronisch Kranke kann das Home-Office helfen, ihr Arbeits- und Privatleben in Einklang zu bringen.

Alle Stellen der städtischen Verwaltung und in den städtischen Tochtergesellschaften sollen daher daraufhin überprüft werden, ob sie Home-Office-tauglich sind. Das bisherige Angebot der „alternierenden Telearbeit“ der Stadt für ihre Mitarbeiter*innen muss überarbeitet werden. Die Entschei-

derung, wer im Home-Office arbeiten kann, darf nur gemeinsam mit den Mitarbeitenden fallen. Auch müssen die Mitarbeitendenvertretungen und Betriebsräte in den Aufbau der und die Entscheidungen über die Home-Office-Strukturen eingebunden werden.

Was tun?

- **Stellenabbau** der vergangenen Jahrzehnte im öffentlichen Dienst **rückgängig machen**.
- **Auszubildende** nach erfolgreicher Ausbildung unbefristet **übernehmen**.
- **Keine Vergabe von Aufträgen an Unternehmen**, die den Bedingungen des

Vergabegesetzes NRW nicht voll entsprechen, die weniger als 13 Euro pro Stunde zahlen oder die Bildung von Betriebsräten verhindern.

- **Rekommunalisierung privatisierter Anteile städtischer Unternehmen** und ausgelagerter Aufgaben outgesourceter Unternehmen.
- **Anonyme Bewerbungsverfahren** einführen.
- **Umsetzung des Whistleblower*innenschutzes**, mindestens der Empfehlung der EU-Kommission.
- **Arbeitnehmer*innenvertretung** in allen Aufsichtsräten städtischer Unternehmen.

III. Armut bekämpfen, nicht arme Menschen!

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Die Corona-Pandemie traf die armen Menschen mit voller Wucht. Für sie gibt es weit weniger Möglichkeiten, sich ins Private zurückzuziehen. Sie sind besonders auf unsere Solidarität und Unterstützung angewiesen.

Armut und Reichtum hängen miteinander zusammen. Während auch in Essen immer mehr Menschen arm sind, werden gleichzeitig einige Wenige immer reicher. Der private Reichtum der Wenigen muss deshalb konsequent besteuert werden, auch auf kommunaler Ebene. Reichtum verpflichtet!

Immer noch leben viel zu viele Menschen im sozialen Abseits, auch in Essen! Die soziale Kluft zwischen den Essener Stadtteilen zählt zu den höchsten in Deutschland. Im Jahr 2018 bezog etwa jeder fünfte Haushalt in Essen Transferleistungen (Arbeitslosengeld I und II, Grundsicherung im Alter und

Asylbewerber*innenleistungen).

Die Armut konzentriert sich hauptsächlich auf den Norden der Stadt, während es im Süden viel mehr Wohlstandsinseln gibt. In manchen Quartieren des Essener Nordens, wie Altendorf, Nord- und Ostviertel, Altenessen-Süd und Katernberg, ist jeder dritte Haushalt arm – und damit zehnmal häufiger als im Süden. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Von ihnen leben in den genannten Quartieren mehr als die Hälfte von Sozialleistungen und damit am Existenzminimum.

Wesentlich verantwortlich für diese Zustände sind nach wie vor die unsäglichen Hartz-Gesetze. Wir setzen uns dafür ein, dass keine Sanktionen mehr verhängt werden dürfen, egal ob 60% oder 30%. Dies gilt auch für die Sondersanktion für unter 25-Jährige. Ein Existenzminimum ist nicht verhandelbar! Auch in Essen kommt

es in Folge von Privatisierungen und dem Rückzug des Sozialstaats zu massenhaften Armutsrenten, hoher Besteuerung von kleinen Gewerbebetrieben und systematischer Ausgrenzung und Stigmatisierung armutsbetroffener Menschen.

Auch wenn viele Diskriminierungen und Schikanen, die mit dem Sozialleistungsbezug einhergehen, nur auf Bundes- und Landesebene abgeschafft werden können: DIE LINKE Essen setzt sich auch auf lokaler Ebene für Verbesserungen ein und will Menschen ermutigen, sich gegen die unsäglichen Belastungen zur Wehr zu setzen und politisch aktiv zu werden.

Was tun?

■ **Ausbau des Sozialpasses**

„Essen.dabei.sein“, u.a. durch Einbeziehung von Menschen im Niedriglohnbereich und Erweiterung des Angebots. Statt zahlreicher Ermäßigungen muss es mehr kostenlose Angebote geben!

■ **Bindung der Mietobergrenzen** für Sozialleistungsbeziehende an die Durchschnittsmiete des Mietspiegels für mittlere Wohnlagen. Mieten von Sozialwohnungen gelten generell als angemessen. Bei notwendigen Umzügen sind die damit verbundenen Kosten (Renovierung, Transport, Ersatzbeschaffungen etc.) zu übernehmen.

■ **Für Strom, Gas und Wasser** sind nach dem Vorbild anderer europäischer Länder **Sozialtarife** in geeigneter Form einzuführen.

■ **Verbot von Stromsperrn**; dazu sind auf kommunaler Ebene Stellen einzurichten, die zwischen Schuldner*innen, Sozialamt und Energieversorgungsunternehmen vermitteln.

■ **Ausbau der Serviceleistungen des Jobcenters**; Menschen müssen umfassend

über ihre Rechte informiert werden. Dies muss unabhängig überprüft werden, z.B. über von Wohlfahrtsverbänden benannten Vertrauenspersonen.

■ Die Stadt muss **unabhängige Beratungsstellen für Sozialleistungsbeziehende finanziell unterstützen**.

■ Gerade in Stadtteilen mit einem hohen Anteil benachteiligte und ausgegrenzter Menschen müssen **soziale Unterstützungsangebote erhalten und ausgebaut werden**. Hierbei sind alle Bevölkerungsgruppen in den Blick zu nehmen. Dazu ist die bereits vorhandene Stadtteilmoderation auszuweiten und zur Regelaufgabe der Stadt zu machen.

■ **Bürger*innen- und Begegnungsstätten** in den Stadtbezirken und Stadtteilen sind **auszubauen und angemessen zu finanzieren**. Sie sollen sich an alle Bevölkerungsgruppen richten und auch die Integration zugewanderter Menschen fördern. Dabei sollen die Essener*innen aktiv mit ihren Ideen in den Prozess miteinbezogen werden.

■ **Soziale Beratungsstellen** sind vor Ort in den Stadtteilen anzusiedeln. Diese sollen niederschwellige Angebote zur sozialen Begegnung und Unterstützung anbieten und entwickeln. Dabei sind auch neue, selbstorganisierte Formen zu fördern.

■ Zusätzlich zu festen örtlichen Beratungs- und Begegnungsangeboten ist die **aufsuchende Sozialarbeit in den Stadtteilen auszubauen**, um Menschen in allen Lebenslagen zu erreichen.

IV. Bildung, Weiterbildung und Ausbildung – ein universelles Menschenrecht

DIE LINKE Essen sieht Bildung als Menschenrecht. Sie ermöglicht die Teilhabe an der Gesellschaft und bietet Menschen die Möglichkeit, ihr Leben selbstbestimmt zu verwirklichen. Die Situation in Essener Schulen jedoch ist eine andere: Marode Schulen, herabstürzende Decken, übergroße Klassenräume, fehlende Ganztagsplätze, veraltete Ausstattung sind nur einige der Aspekte, die hier genannt werden können. Insbesondere in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Daher haben wir folgende kurz- und mittelfristige Forderungen, wie man die Situation jetzt schon verbessern kann, sowie eine Vision für die Zukunft formuliert.

Mit der Coronakrise wurden auch die Versäumnisse bei den digitalen Bildungsmöglichkeiten überdeutlich: Wenn digitales Lernen von den Schulen als digitaler Fernunterricht angeboten wurde, hing es größtenteils vom Geldbeutel der Eltern ab, ob Kinder und Jugendliche daran teilnehmen konnten. Während in gut situierten Familien die benötigte Hardware und Netzzugänge vorhanden sind, fehlen diese in einkommensschwachen Haushalten häufig. Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien wird so die Möglichkeit der Teilhabe genommen. Oft besteht für sie bereits aufgrund der häuslichen Verhältnisse (keine Rückzugsmöglichkeiten bzw. ruhige Lernorte) keine Chancengleichheit. Dieser Nachteil wird durch den fehlenden Zugang zu digitalen Lernangeboten weiter verstärkt. Die soziale Spaltung in unserer Stadt wird so zementiert.

Was wollen wir?

- **Grundlegende Reform des Bildungssystems** („Eine Schule für alle“).
- **Einen Schulsozialindex**, um Ungleiches ungleich zu behandeln (gezielte Hilfe statt Gießkannenprinzip).
- **Interkommunale Zusammenarbeit** in der Schulentwicklungsplanung für ein breitgefächertes schulisches Angebot.

Was wir dafür brauchen ist ein Bildungssystem, das

- Schüler*innen **demokratisch partizipieren** lässt,
- in **Personal, Schulbau und Materialien** investiert,
- die **Verschiedenheit** sowohl der Schüler*innen als auch des Schulumfeldes **berücksichtigt**,
- auf **Fort- und Weiterbildung** des pädagogischen Fachpersonals setzt.

Was das bringt?

- Eine **qualitativ hochwertige Bildung** aller Kinder und Jugendlichen.
- **Gesellschaftliche Teilhabe**.
- **Bekämpfung sozialer Ungleichheit**.

Was muss dafür getan werden?

- **Neue Schulen** müssen durch die **öffentliche Hand** errichtet werden.
- Bestehende Schulgebäude müssen orientiert an den **Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik** umgestaltet werden.
- Kommunen müssen einen **Materialfonds** für Schüler*innen aus finanzschwachem Umfeld auflegen.
- Für Grundschulen muss ein hundertprozentiges **Ganztagsplatzangebot** konzipiert werden.

Als DIE LINKE Essen erachten wir eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen als eine Selbstverständlichkeit. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine gerechte Bildung zu garantieren, sind Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie Materialien dringend notwendig. Auf kommunaler Ebene erschließen sich daher einige Handlungsschritte.

Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren

Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht die benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können. Daher will DIE LINKE Essen Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schul-

neubauten durch Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden können und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der öffentlichen Hand bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der Erwachsenenbildung genutzt werden können.

Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung, Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche, Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

Was tun?

- **Aktualisierung der Schulentwicklungspläne** durch die Schulämter, damit diese steigenden Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden.
- **Stärkere Zusammenarbeit** zwischen den Nachbarkommunen bei der **Schulentwicklungsplanung**.
- Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an den **Erkenntnissen fortschrittli-**

cher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion.

- **Naturräume als Lernorte** in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen.
- **Errichtung neuer Schulgebäude** durch die **öffentliche Hand** orientiert an den Erkenntnissen moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion.
- **Digitale Infrastruktur** auf den modernsten Stand ausbauen und Konzepte für digitale Formate entwickeln und umsetzen, die digitales Lernen für alle Essener Kinder und Jugendliche möglich macht.

Armut als Bildungshemmnis

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler*innen ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert DIE LINKE Essen eine Schule für ALLE als Ganztagschule. Das gegliederte Schulsystem wollen wir abschaffen. Forscher*innen und Studien zeigen regelmäßig auf, wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

Grundschule

Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen.

Hier wird die LINKE Essen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten. Der für 2025 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90% der Grundschulen in NRW offene Ganztagschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler*innen hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

Die Anzahl der im Straßenverkehr verunglückten Kinder ist laut polizeilicher Statistik in 2019 gegenüber dem Vorjahr in Essen deutlich um 9,3% gestiegen. 188 Kinder im Alter bis zu 15 Jahren verunglückten 2019 auf Essener Straßen. Dies unterstreicht, wie wichtig schulische Verkehrserziehung ist. Die LINKE Essen setzt sich für den Erhalt und den Ausbau der schulischen Verkehrserziehung ein.

Da immer weniger Kinder zu Hause sicheres Radfahren lernen, muss besonders das Radfahrtraining an Grundschulen, aber auch an weiterführenden Schulen gefördert und die dafür genutzten vier stationären Jugendverkehrsschulen der Stadt erhalten und modernisiert werden. Das Radfahren soll den Kindern auch als ökologisch und gesundheitlich sinnvolle Alternative zum motorisierten Verkehr nahegebracht werden. Auch das Zu-Fuß-Gehen zur Schule muss gefördert werden. Nur so können Kinder frühzeitig verkehrssicheres Verhalten

erlernen und die Zahl der „Elterntaxis“ vor den Schulen reduziert werden. Immer mehr Schulschwimmbäder und Lehrschwimmbekken in NRW sind von der Schließung bedroht. Dies führt dazu, dass der Schwimmunterricht häufig ausfällt und Kinder beim Wechsel auf die weiterführende Schule nicht richtig oder gar nicht schwimmen können. Auch Schwimmvereine, die die Schulschwimmbäder nutzen, leiden unter dieser Entwicklung. Der DLRG warnt seit langem davor, dass immer weniger Schüler*innen sicher schwimmen können. Die Stadt muss die Reduzierung der Wasserflächen entschieden entgegentreten und Schul- und wohnortnahe Angebote sicherstellen. Spaßbäder sind keine Alternative!

DIE LINKE Essen fordert auf kommunaler Ebene:

- Sofortige **Ausbauplanung** für eine **100%-Versorgung** im Grundschulganztags.
- **Ausbau der Ganztagsplätze** besonders in benachteiligten Sozialräumen.
- Suche nach neuen **geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel**.

Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft minderen Qualität der Angebote für die Schüler*innen, zu Elternbeiträgen und zu prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu verhindern, sodass DIE LINKE Essen sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

Solange diese nicht realisiert sind, fordert DIE LINKE Essen:

- Die vollständige **Finanzierung der Ganztagsgarantie** nach dem Konnexitätsprinzip.
- Die auskömmliche **Finanzierung** des offenen Ganztags vom Land, auch für die **Qualitätsverbesserung**.

Sekundarstufe I

Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung. Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagssschulen abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich die kommunale Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

Sekundarstufe II

Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schüler*innen, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzuerhalten. Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen. Daher setzt sich DIE LINKE Essen für Oberstufenzentren in der gymnasialen Ober-

stufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu erreichen.

Inklusion im Bildungsbereich

Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden. Deshalb werden wir eine integrierte Förderplanung einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

Bisher gibt es noch in den Kommunen Gebäude der Förderschulen. Auch wenn zukünftig Inklusion die Absonderung nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume doch erhalten bleiben, um Förderzentren für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen, in denen die Förderung der Schüler*innen, aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden kann. Daher wird DIE LINKE Essen eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

Auch wenn wir uns mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft aussprechen, so werden wir dennoch in den nächsten Jahren Übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen sinnvoll gewährleisten zu können.

Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren

Trotz angeblichem Mangel an Bewerber*innen suchen viele Jugendliche vergeblich

einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

Hier will DIE LINKE die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen Anlaufpunkt erhalten.

Weiterbildung

DIE LINKE Essen setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung. Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, auch wenn ein besonderes Augenmerk und besondere Förderung sich angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung richten muss auf die politische Bildung! Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und die ausufernde prekäre Beschäftigung dort müssen dringend geändert werden.

Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen

Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Dies gilt besonders für die bundesweit über 900 Volkshochschulen, die den Kern der öffentlich geförderten Weiter-

bildung darstellen, bundesweit ortsnah vorhanden sind und die Grundversorgung an Weiterbildung vorhalten. Es muss verhindert werden, dass sie sich zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartnerinnen für unterschiedlichste Zielgruppen, besonders auch für diejenigen, die zu „Verlierer*innen“ am Bildungsmarkt zählen.

Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller Lernnetzwerke.

Was tun?

■ Das Angebot zur **Grundbildung der Bevölkerung** entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Zur Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sek I der allgemeinbildenden Schulen zählt.

■ Neben der **Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf** und dem Nachholen von Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohlbezogenen Weiterbildung: **Integrationskurse** für Migrant*innen und Zugänge zum Arbeitsmarkt, **Übergänge** zwischen Schule und Ausbildung, ein **Zugang** zur Hochschule für Berufstätige, **Umgang mit neuen Medien**; diese sind ohne oder nur mit geringem Teilnahmeentgelt anzubieten. Die individuell aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehinderer werden.

■ Besonders die **politische Bildung** muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt immer mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und technischer werdenden Welt ist **Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe und Zusammenhänge** notwendig. Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung müssen die Angebote in der Regel entgeltfrei sein. Des Weiteren fordern wie eine Erweiterung des Bildungsurlaubs und weiteren Ausbau des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG-NRW).

■ Zur **Entfaltung** einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur **Teilhabe** am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch die anderen Bereiche der Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, berufliche Bildung und die Fremdsprachen z. B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt abzubauen. Nach dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.

■ Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre Möglichkeiten zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und kultursensible **Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft** einzurichten mit klient*innenzentrierten Konzepten, guten Rahmenbedingungen und professionellem, wissenschaftlich ausgebildetem Personal mit tariflicher Eingruppierung wie bei den Mitarbeiter*innen der Volkshochschulen auch.

Prekäre Arbeit abschaffen

In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird völlig selbstverständlich hingenommen, dass Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Unter ihnen prekär

Beschäftigte, die gering vergütet, das Ausfall- und Krankheitsrisiko ebenso allein tragen wie die Kosten ihrer sozialen Sicherung. Ihr Einkommen erreicht nach Abzug aller Abgaben oft nur die Höhe von Geringverdienenden; viele müssen „aufstocken“! Damit ist Altersarmut vorprogrammiert. Sie können nicht die Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Einkommens kollektiv aushandeln; Mitbestimmungsfunktionen sind ihnen weitgehend versperrt.

Durch eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung können mehr feste Stellen und tarifliche Bezahlung ermöglicht bzw. entsprechend hohe Honorare mit sozialer Absicherung (wieder) eingeführt werden.

Was tun?

- Die Kommunen und die zuständigen Personalvertretungen erkennen den **Status der Scheinselbstständigen als arbeitnehmerähnlich Beschäftigte** an.

- Bei längerfristigen Angeboten und Maßnahmen sind den Honorarkräften feste bzw. zeitlich befristete Stellen zu **tariflichen Konditionen** anzubieten.

- Den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ist ein **Honorar pro Unterrichtsstunde von mindestens 36 Euro** zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag Weiterbildung kann hier keine Anwendung finden.

- **Mehr Stellen schaffen für Festangestellte** mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD. Das setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird. Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.

- Möglichkeiten einer **effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und Mitbestimmung** sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung.

Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!

Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule sind vor Ort.

- **Wohnen:** DIE LINKE Essen nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und unterstützt Studierendenwerke beim Bau kostengünstigen Wohnraums. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.

- **Verkehrsanbindung:** Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die Hochschulbedürfnisse.

- DIE LINKE. Essen will die **Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten** auch für Studierende weiter ausbauen.

V. Demokratie:

Deine Stadt – Deine Entscheidung

Für uns bedeutet Demokratie mehr, als alle Jubeljahre zu einer Wahl zu gehen: Sie muss sich im Alltag der Menschen wiederfinden. Essener*innen müssen in die Entscheidungsprozesse ihrer Stadt eingebunden werden, so oft und so gut es geht.

Wir wollen die Öffnung der Bezirksvertretungen, der Ausschüsse und des Rats für mehr Bürger*innenbeteiligung. Dafür wollen wir regelmäßige Foren für Einwohner*innen der Stadt (Assambleas) schaffen, auf denen sie die Entscheidungen der Stadt konkret mitbestimmen können. Außerdem soll das Instrument der Bürger*innenbeteiligung zum Normalfall werden: Wenn die Stadt große Projekte umsetzen möchte oder wichtige Entscheidungen trifft, sollten die Bürger*innen das letzte Wort haben, nicht der Stadtrat. Wir setzen uns für direkte Demokratie anstelle von Stellvertreter*innenpolitik ein! Ob es um einen über 100 Millionen Euro teuren Bau eines Bürgerhauses geht, eine mögliche Olympiade 2032 in NRW oder etwas anderes: Wir wollen die Bürger*innenbeteiligung nach dem Erfurter Modell neu gestalten.

Die Stadt braucht einen Bürger*innenhaushalt und die Bezirksvertretungen brauchen mehr Geld und damit mehr Handlungsspielraum, um mit den Menschen gemeinsam zu entscheiden, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Auch wollen wir eine Kennzeichnungspflicht für alle Angestellten des kommunalen Ordnungsamts einführen und treten ein für eine Kennzeichnungspflicht der Polizei auf Landesebene. Mit einer unabhängigen Beschwerdestelle auf Stadtebene wollen wir Polizeigewalt und Willkür vorbeugen, um so auch die rechtschaffenen Kolleg*innen vor den schwarzen Schafen in den eigenen Reihen zu schützen.

Eine Demokratie kann es sich nicht erlauben, den Willensbildungsprozess über längere Zeit auszusetzen. Demokratie lebt von Debatte und Widerspruch. Wenn die Versammlungsfreiheit eingeschränkt wird, Ratssitzungen ausgesetzt werden und damit die Meinungsvielfalt nicht zur Entfaltung kommen kann, schädigt das den demokratischen Prozess. Die Coronakrise hat die Notwendigkeit unterstrichen, dass wir auch auf kommunaler Ebene für die Zukunft neue Wege finden müssen, mit den Bürger*innen in einen Dialog einzutreten. Es muss sichergestellt werden, dass sie ihre Ideen und Vorstellungen mitteilen sowie ihre Meinungen äußern können. Dafür benötigen wir umfassende, sichere digitale Kommunikationsmöglichkeiten. Daher soll die Stadt eine Bürger*innen-App mit entsprechender Infrastruktur entwickeln, über die nicht nur aktuelle Informationen und Dienstleistungsangebote bereitgestellt werden können, sondern auch Bürger*innen ihre Vorstellung einbringen und über städtische Vorhaben abstimmen können. So kann auch in Krisenzeiten der Prozess der demokratischen Willensbildung aufrechterhalten werden.

Unser Ziel ist eine massive Demokratisierung der Gesellschaft: Menschen, die hier leben, sollen ihre Stadt gestalten und bestimmen, wo es langgeht. Dafür wollen wir vor allem moderne Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, ohne die Menschen abzuhängen, die sich bewusst gegen digitale Kommunikation entscheiden oder die sie nicht bedienen können. Für diese Menschen muss es analoge Alternativen geben.

Die Coronakrise hat gezeigt, dass die digitalen Angebote der Stadt unerlässlich sind, um das Informations- und Dienstleistungsangebot von städtischer Politik und Ver-

waltung auch in Zeiten aufrecht zu erhalten, in denen das Aufsuchen von städtischen Einrichtungen nicht möglich ist. In Zukunft müssen alle kommunalen Leistungen dahingehend überprüft werden, inwiefern sie digital angeboten werden können. Es muss eine krisenfeste digitale Infrastruktur entwickelt werden, die über das bisherige Angebot deutlich hinausgeht.

Auch hat sich gezeigt, dass der Zugang zu diesen Angeboten für alle Menschen der Stadt gewährleistet werden muss. Es besteht die Gefahr, dass sich auch auf diesem Gebiet die bestehende Spaltung zwischen wohlhabenden und einkommensschwachen Haushalten verfestigt – mit dramatischen Konsequenzen für letztere. Der Zugang zu Informationen und Dienstleistungen sowie die Teilhabe an der Meinungsbildung muss durch die Einrichtung zusätzlicher freier WLAN-Hotspots für Mobilgeräte sowie zusätzlicher öffentlich zugänglicher internetfähiger Endgeräte (in Gebäuden der städtischen Verwaltung, Bibliotheken etc.) sichergestellt werden.

VI. Digitalisierung & Smart City demokratisch gestalten

In den vergangenen zehn Jahren hat die digitale Entwicklung enorme Fortschritte gemacht. Die Technologien werden immer raffinierter und die Gesellschaft wird zunehmend offener für den Gebrauch von digitalen Hilfsmitteln. Deutschland verharrt jedoch im europäischen Mittelfeld und die notwendige Digitalisierung kommt nur schleppend voran.

Schlechter bis kaum vorhandener Breitbandausbau, halbherzig durchgeführte Projekte und Datenschutz-Verletzungen sind der aktuelle Stand der Dinge. Die Kom-

Was tun?

- **Kennzeichnungspflicht** für Polizist*innen sowie Angestellte des kommunalen Ordnungsamts.
- Entwicklung einer Bürger*innen-App zur **Sicherung und Erweiterung der demokratischen Willensbildung**.
- **Abbau von Kameras** an öffentlichen Plätzen.
- Einführung eines **Bürger*innenhaushaltes**.
- **Einbeziehung der Nachbarschaft** bei Bauprojekten und Sanierungen.
- **Bindende Bürger*innenbefragung** bei Großprojekten und Großinvestitionen.
- **Erfurter Modell** bei Bürger*innenbegehren einführen.
- **Regelmäßige Bürger*innenforen** der Stadträte in ihren Bezirken.

munen haben wenig Handhabe, um gegen diese von Ländern und Bund verursachten Missstände anzukommen. Aber wir können trotzdem etwas tun, um mit gutem Beispiel voranzugehen und das Leben der Bürger*innen in Essen zu verbessern. In einer digitalen Stadt ist die Gefahr von Cyberangriffen allgegenwärtig und gehört zum Alltag. Ohne eine sichere Infrastruktur und Cybersicherheit kann es keine Datensicherheit und Freiheit geben.

Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll

hohe Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, Hochschulen, Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammengeführt werden. Wir streben Datensouveränität und Datenhoheit an, in der die Menschen ihre eigenen Daten kontrollieren. Sie sollen selbst frei entscheiden dürfen, welche Daten sie der Stadt unter welchen Bedingungen übermitteln wollen. Erhobene Daten müssen sicher und anonym verwaltet werden. Hier können wir vom Projekt „Decode“ aus Barcelona lernen.

Was tun?

- **Schnelles Internet für alle.** Dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle, der Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Hotspots und der flächendeckende Ausbau mit schnellem Mobilfunk.
- **Digitale Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!**
- Der **Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse** soll mit Unterstützung von Bund und Land unmittelbar durch die Kommune erfolgen.
- **Demokratische Smart City-Projekte**, die die Lebensumstände der Menschen

verbessern und niemanden zurücklassen, unter Beachtung umfassenden Datenschutzes für alle Einwohner*innen.

- **Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen**, um Behördengänge möglichst niedrigschwellig und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können.
- **Umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte**; ihre Koordinierung durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch entsprechende Ausschüsse in den Kommunen.
- **Kostenfreie Weiterbildungsangebote** für digitale Einsteiger*innen, damit alle etwas von der digitalen Kommune haben.
- **Freier und unkomplizierter Zugang zu Daten**, die mit öffentlichen Mitteln erhoben oder erstellt wurden (z.B. Statistiken, Studien, Karten, Bildmaterial, Mitschriften oder Aufzeichnungen von öffentlichen Sitzungen oder Debatten).
- **Einführung von Open Source-Software** in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von digitalen Großkonzernen zu gewährleisten.
- **Nicht-kommerzielle Nutzung** der Stadt als digitaler Raum.

VII. Frieden: Nie wieder „Waffenschmiede des Reichs“

Seit 2015 tagt die NATO mit hochrangigen Militärs, Politiker*innen und der Militärindustrie in der Messe Essen. Obwohl die Stadt Essen Mitglied im Netzwerk „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace) ist, weigert sich der Oberbürgermeister konsequent, gegen den Kriegsrat vorzuge-

hen. Auf der zweitgrößten NATO-Konferenz Deutschlands werden die Kriegsverbrechen von morgen geplant. Als DIE LINKE Essen wollen wir gemeinsam mit den Bürger*innen der Stadt dafür sorgen, dass die NATO nie wieder in Essen tagen darf und Essen eine echte Stadt des Friedens wird.

Gerade Essens Geschichte als „Waffen-schmiede des Reichs“ sollte uns Essener*innen eine Mahnung sein, uns für den Frieden einzusetzen. Deshalb werden wir alles dafür tun, um Waffenproduktionen und Exporte durch Essener Unternehmen wie Ferrostaal zu verhindern. DIE LINKE Essen setzt sich dafür ein, dass Essener Unternehmen dazu angehalten werden, ihre militärische auf zivile Produktion umzustellen.

Auch das Werben der Bundeswehr nach „willigen“ Rekrut*innen an Essener Schulen muss ein Ende haben. Die Vereinten Nationen (UN) klagten Deutschland bereits mehrmals an, das internationale Statut gegen die Verpflichtung von Kindersoldat*innen verletzt zu haben. Denn immer mehr Minderjährige schließen sich der Bundeswehr an. Wir sagen: „Kein Werben fürs Sterben!“ Wir setzen uns dafür ein, dass der Beruf Soldat*in nicht als „ein Job wie jeder andere“ in Schulen beworben werden darf. Stattdessen wollen wir aufklären und friedenspolitische Ansätze an Schulen etablieren und vertiefen. Wir wollen Städtepartnerschaften für Völkerverständigung nutzen.

Die Institutionen der öffentlichen Verwaltung in Essen sind Teil der zivil-militärischen Zusammenarbeit. So sollen Patenschaften mit Einrichtungen der Bundeswehr oder mit Kriegsschiffen die Verbundenheit von Kommunen mit der Bundeswehr stärken, das Militärische ganz normaler Alltag werden. Dabei wird an alte militärische Traditionen und teilweise sogar an das kolonialistische Erbe Deutschlands angeknüpft. So werden auch in Essen Kriegerdenkmale gepflegt, Straßen und Plätze tragen immer noch Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern aus dem 1. und 2. Weltkrieg. Das muss sich ändern! Stattdessen sollen Orte und Straßen nach Menschen benannt werden,

die sich zeitlebens für Frieden und Gerechtigkeit einsetzten, wie z.B. Philipp Müller, der am 11. Mai 1952 auf einer Friedensdemonstration in Essen erschossen wurde.

Was tun?

- **NATO** endgültig aus der Messe Essen **verbannen**.
- Das Programm des Netzwerks **„Bürgermeister für den Frieden“** (Mayors for Peace) umsetzen, in dem Essen Mitglied ist.
- **Bundeswehrwerbung an Schulen verbieten**. Meldedaten von Jugendlichen dürfen nicht mehr für Bundeswehranschreiben herausgegeben werden. Dafür sollen Jugendliche frühzeitig über ihr Widerrufsrecht beim Einwohnermeldeamt informiert werden.
- **Friedenspolitisches Engagement** in Schulen und der Volkshochschule statt „Werben fürs Sterben“.
- **Städtepartnerschaften stärken** und **Austauschprogramme** schaffen, um den interkulturellen Dialog zu stärken.
- Essen muss den ICAN-Städteappell unterstützen: **Abschaffung aller Atomwaffen!**
- Kaiser-Wilhelm, Bismarck und Krupp Denkmäler sollen durch **friedenspolitische Denkmäler** ersetzt werden, wie z.B. einem Denkmal für den Friedensaktivisten Philipp Müller, der in Essen ermordet wurde.
- Dem ehemaligen Feldmarschall und Reichspräsidenten **Hindenburg** muss die **Ehrenbürgerschaft aberkannt** werden.
- **Straßen**, die nach Militaristen oder Kolonialisten benannt sind, sollen **umbenannt werden**.

VIII. Gerechtigkeit für alle Geschlechter!

Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der öffentlichen Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.

Benachteiligungen, wie der nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Positionen mit Entscheidungsmacht, Sexismus und Gewalt gegen Frauen sind kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden müssen. Deshalb reicht uns Gleichstellung allein nicht aus.

Unsere Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen bequeme Chefsessel erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen unbearbeitet bleiben. Genau so wenig wollen wir, dass alle Menschen aller Geschlechter Niedriglohnjobs mit gleicher, mieser Bezahlung übernehmen „dürfen“. Geschlechtergerechtigkeit muss mit allen anderen Problemstellungen unserer Zeit gedacht werden. Sei es Rassismus, soziale Ungerechtigkeit oder Umweltkatastrophen: Keinen dieser Kämpfe können wir getrennt von allen anderen lösen.

Allein in Essen wurden 2019 mehr als 100 Frauen aufgrund von fehlender Bettenkapazitäten nicht im Frauenhaus Essen aufgenommen. Der Schutz von Frauen, Mitgliedern der LGBTIQ* Community (vor allem Lesben, Schwule, Transsexuelle, Transgender, Bisexuelle, Intersexuelle) und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss auf kommunaler Ebene garantiert sein. Dafür bedarf es kommunaler Antidiskriminierungsstellen, die die Antidiskriminierungsarbeit koordinieren und stärken. Schutz

und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und Gefährdungssituationen durch sichere Orte, wie Frauenhäuser und andere Schutzräume, sowie Beratungsstellen müssen sichergestellt und unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Was tun?

- **Gleichstellungsbeauftragte** müssen gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt werden.
- Die von Mitgliedern des Stadtrats wahrgenommenen **Positionen in Aufsichtsräten und Gremien** müssen **paritätisch** besetzt werden.
- Diskriminierung von Frauen und der LGBTIQ* Community muss durch **Weiterbildung und Aufklärung** entgegengewirkt werden. Deshalb: Projekte gegen Homo- und Transfeindlichkeit z.B. in Jugend- & Bildungseinrichtungen und die Förderung von sicheren Treffpunkten (Safe Spaces) für Mädchen und junge Frauen sowie für Personen der LGBTIQ* Community.
- Sexualisierte Gewalt muss durch **Prävention** und damit durch **verstärkte Bildungsangebote** bekämpft werden.
- **Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen** (Kinderbetreuung, Pflege, Soziale Arbeit) müssen durch eine höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.
- Wir fordern **gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit**. Die Ungerechtigkeit, dass in Essen Frauen um 23 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu beseitigen.

- **Frauen- und Mädchenprojekte** stärker fördern.
- Die **Kapazität des Frauenhauses** Essen muss deutlich ausgebaut werden.
- **Förderung und Erhalt** von Frauen- und Mädchenprojekten.
- **Selbstbestimmung** über den eigenen Körper und die eigene Lebenssituation ist zu garantieren.

■ **Verhütungsmittel** auf Rezept ohne Zuzahlung, ggf. Kostenübernahme durch die Kommune.

■ **Coming-Out-Hilfe** zur Bewusstseinsstärkung in Sachen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Selbstbestimmung. Dies muss in Form von Beratungsangeboten und Öffentlichkeitsarbeit auch Teil von Jugendhilfe sein.

IX. Gesundheit ist keine Ware

In Essen arbeitet rund jede*r fünfte Lohnabhängige im Gesundheitswesen: In der Altenpflege, in Krankenhäusern, Praxen, bei Versicherungen oder in der Produktion von Gesundheitsgütern. Dieser Bereich ist für unsere Stadt essenziell.

Die Bedeutung einer funktionierenden Gesundheitsversorgung ist in der Coronakrise überdeutlich geworden. Lange war nicht klar, ob genügend ausgebildetes Personal, Schutzausrüstung, Krankenhausbetten und Beatmungsgeräte zur Verfügung gestanden hätten, wäre es zu einer stärkeren Verbreitung des Virus gekommen. Das jahrelange Kaputtsparen des Gesundheitswesens, u.a. bedingt durch das System der Fallpauschalen, hat seine Spuren hinterlassen. DIE LINKE Essen setzt sich seit langem für eine Kehrtwende in der Gesundheitspolitik ein. Statt Privatisierung und Ökonomisierung muss das Gesundheitssystem als Bestandteil der Daseinsvorsorge entprivatisiert werden. Der Mensch, nicht die Rendite muss im Mittelpunkt stehen. Dafür benötigen wir gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung. Daher fordern wir als ersten Schritt eine sofortige Erhöhung der Löhne aller Beschäftigten in der Pflege um pauschal 500 Euro.

Die Missstände im Gesundheitssystem waren aber auch schon vor Corona bekannt: Überfüllte Praxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen, Zahnbehandlung, Zahnspangen und Medikamente kosten sehr viel Geld. Finanziell benachteiligte Menschen gehen nicht mehr zum Arzt oder zu Vorsorgeuntersuchungen, weil sie sich Krankheit nicht leisten können. Menschen mit geringeren Einkommen haben eine um zehn Jahre kürzere Lebenserwartung als reiche.

Dazu kommen Belastungen durch die Veränderungen des Wettergeschehens und andere Aspekte des Klimawandels, die sich auf die Gesundheit auswirken. Steigende Temperaturen, häufigere extreme Wetterereignisse, wie Hitzewellen, stellen neue Anforderungen an die medizinische Versorgung der Menschen in den Kommunen. Gleichzeitig gibt es nur noch vier Kliniken in Essen, die über einen Kreißaal verfügen. Geburtshelfer*innen können sich ihre Arbeit aufgrund steigender Versicherungsgebühren nicht mehr leisten.

Gesundheit ist keine Ware, sondern öffentliche Daseinsvorsorge. DIE LINKE Essen will die Privatisierung des Gesundheitswesens stoppen. Denn im Kapitalismus haben Privateigentum und Gewinnstreben Vorrang.

Das steht allerdings im Widerspruch zu medizinischen Versorgungsgesichtspunkten. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören in die öffentliche Hand. Der Nutzen medizinischer Versorgung für die Patient*innen muss dabei wissenschaftlich bewiesen und für die Betroffenen transparent sein. Wir streben eine Kommunalisierung bzw. Überführung aller Essener Krankenhäuser in die öffentliche Hand an, sei es durch die Kommune oder das Land Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig kämpfen viele Menschen gegen unerträgliche Zustände in Altenheimen und Krankenhäusern: Überarbeitung, Pflegenotstand und Mangel sind oft zur Normalität geworden. Wir stehen solidarisch an der Seite aller in Krankenhäusern, Praxen und Altenheimen arbeitenden Menschen, wir fordern Entlastung jetzt.

Auch die Situation der Auszubildenden muss verbessert werden. So sind viele Wohnheime für Auszubildende im Pflegebereich in einem miserablen Zustand. Als DIE LINKE Essen wollen wir den Bau und die Sanierung von Wohnheimen für Auszubildende im Gesundheitsbereich fördern und so die Attraktivität der Ausbildung steigern.

Außerdem möchten wir den Ausbau von wohnortnahen Gesundheitszentren vorantreiben, die kollektiv von Anwohner*innen und den dort arbeitenden Menschen organisiert werden. Vorbilder dafür können die in Berlin-Neukölln entstehenden Kollektive sein, die gesundheitliche und soziale Aspekte, wie das Vereinsamen von Menschen, zusammendenken. Auch die Verteilung der Ärzt*innen muss besser organisiert sein: im Essener Norden fehlen gemessen an der Bevölkerungszahl Ärzt*innen, insbesondere Kinderärzt*innen. Es fehlen Anreize, um vorhandene Praxen zu übernehmen oder neue zu eröffnen.

Wenn die von Contillia mit dem Land

abgestimmten Pläne zur Umgestaltung der Krankenhauslandschaft im Essener Norden sowie der ambulanten Angebote nicht umgesetzt werden, entstehen noch größere Versorgungslücken. Dem muss die Stadt entgegenwirken und die umfassende Gesundheitsversorgung sicherstellen.

Und gerade Pflege ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft und Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle und bedarfsgerechte pflegerische Versorgung. Diese muss gerecht finanziert und solidarisch organisiert sein, egal ob Tages-, ambulante oder stationäre Pflege.

Was tun?

- Nicht-öffentliche Krankenhäuser in **kommunales oder Landeseigentum** überführen.
- **Wohnortnahe Gesundheitsversorgung** garantieren. Aufbau von Gesundheitszentren in allen Bezirken in kollektiver Verwaltung.
- **Ausbau von Wohnheimen** für Auszubildende im Gesundheitsbereich.
- Angemessene **Verteilung** der niedergelassenen **Kinderärzt*innen**.
- **Kostenlose Präventions- und Rehabilitationsangebote** für alle bereitstellen.
- Regionale **Gesundheitsberichterstattung** einführen.
- Wirksame **Kontrolle bei Infektionsschutz und Krankenhaushygiene** durch Gesundheitsämter sicherstellen.
- **Mehr Personal in Krankenhäusern.** Erhöhung der Löhne aller Beschäftigten in der Pflege und dem Gesundheitssektor um pauschal 500 Euro.

- **Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen** für Menschen mit Pflegebedarf und Ausbau kommunaler Pflegedienste und Sozialstationen.

- **Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze.**

- Bedarfsorientierte und wohnortnahe **Tagespflegeeinrichtungen** für Jung und

Alt. Beteiligung der Stadt Essen an neuen ambulanten Versorgungszentren.

- Niederschwellige Umsetzung und Information über **Sicherstellung der medizinischen Versorgung für Migrant*innen** ohne geklärten Aufenthaltsstatus über städtische Gelder.

X. Inklusion für Menschen mit Behinderung

Seit zehn Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. Diese muss in Essen endlich konsequent umgesetzt werden. Das heißt: bauliche, kommunikative, rechtliche und administrative Barrieren müssen überwunden werden, damit der Mensch, wie in der UN-Konvention vorgesehen, wieder im Mittelpunkt steht.

Wir fordern deshalb die wichtigsten Inhalte der Internetseite der Stadt Essen gemäß der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV) sowie die Sitzungen des Rates der Stadt Essen in Gebärdensprache zu übersetzen, um politische Teilhabe zu ermöglichen.

Was tun?

- **Gleiche Bedingungen** für Menschen mit und ohne Behinderungen schaffen. Dazu wird ein*e Inklusionsbeauftragte*r ernannt.

- **Barrierefreiheit** bei allen Einrichtungen im öffentlichen Raum massiv ausbauen und schneller voranbringen. Zudem ein Ausbau von barrierefreier Sprache in der Verwaltung, damit alle Menschen schnell und selbstständig ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen können, um z.B. Wohngeld zu beantragen. Barrierefreier Zugang zu allen Serviceleistungen der Verwaltung.

- Alle Essener Sondereinrichtungen (Werk-

stätten, Wohnheime und Förderschulen), in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen abgeschafft werden. Deshalb müssen Maßnahmen ergriffen werden, um eine **vollständige Inklusion** und Teilhabe dieser Menschen an der Gesellschaft ermöglichen.

- **Schulung** von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive **Information** der Verwaltung zum „persönlichen Budget“, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben, wohnen, lernen und arbeiten können.

- **Bildung eines Essener Beirats** für Menschen mit Behinderungen, deren Mitglieder von den Betroffenen demokratisch gewählt werden.

- **Persönliche Assistenz** zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu Freizeitmaßnahmen.

- **Gebärdensprachdolmetscher*innen** z.B. für Amtsgänge zur Verfügung stellen.

- Ab dem Schuljahr 2020/21 können Schüler*innen mit Behinderungen nicht mehr an Gymnasien in Essen aufgenommen werden. Eltern werden an Real-, Gesamt- und Hauptschulen verwiesen. Wir fordern, dass diese Kinder wieder **an gymnasialen Einrichtungen unterrichtet** werden können.

XI. Migration

– Für eine Gesellschaft der Vielen

Seit mehr als 100 Jahren bilden das Ruhrgebiet und die Stadt Essen eine der größten Industrieregionen Europas. Millionen Menschen zogen seitdem in unsere Städte und aus kleinen Dörfern wurden Metropolen. Integration und Inklusion stecken seit jeher in der DNA unserer Stadt.

Fast 30% aller Menschen in Essen haben eine Zuwanderungsgeschichte. Das heißt, dass sie selbst, ihre Eltern oder Großeltern nicht in Deutschland geboren wurden. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung.

Ergänzt werden muss solch eine Politik durch einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen und die Abschaffung ausgrenzender Gesetze, mit dem Ziel, dass alle Menschen in unserer Kommune einen sicheren Aufenthaltsstatus genießen, Duldung darf daher auf maximal zwei Jahre angelegt sein, spätestens dann muss alles getan werden, um einen dauerhaften und sicheren Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Die Arbeit der Essener Ausländerbehörde wird dabei auch im Hinblick auf die vielen Beschwerden von Migrant*innen überprüft und es wird alles getan, um ein Gefühl des Willkommenseins zu schaffen.

Die seit Jahren andauernde Kriminalisierung und Stigmatisierung von in Essen lebenden Libanes*innen muss beendet werden: Statt über kriminelle Clans zu reden und Shishabars wöchentlichen Kontrollen zu unterziehen, sollten Perspektiven geschaffen und kleine Geschäfte gefördert und nicht kriminalisiert werden.

Doch Essen muss nicht nur den in der

Stadt lebenden Menschen eine gute Perspektive bieten, sondern auch dafür sorgen, dass diejenigen, die vor Krieg, Unterdrückung und Verfolgung fliehen, einen sicheren Hafen finden. Denn niemand flieht freiwillig. Dieser Grundsatz muss endlich in der Politik ankommen. Nicht die geflüchteten Menschen sind schuld an ihrer Flucht, sondern Krieg, Armut, Hunger, Klimakatastrophen und all jene Konzerne und Regierungen, die diese Zustände verursachen und sie durch Profit- und Machtgier noch verschlimmern. Das bedeutet auch, all jene, die es nach Essen geschafft haben, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vor Abschiebungen zu schützen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen, die dauerhaft in unserer Kommune leben, dort auch das Wahlrecht haben. Wir warten jedoch nicht nur auf Gesetzesänderungen im Bund. Auch vor Ort ist einiges möglich.

Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene Angebote für alle Schüler*innen anzubieten.

Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim

Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen. EU-Zugewanderte (vor allem aus Bulgarien und Rumänien) werden durch speziell auf sie abzielende Verschärfungen im SGB II massiv benachteiligt. Diese sind abzubauen. Er kämpfte Mindeststandards wie der gesetzliche Mindestlohn dürfen nicht infrage gestellt werden. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende Integration. Prekäre Arbeit dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

Was tun?

- Wirksamer **Antidiskriminierungsschutz** auf allen Ebenen, Schaffung kommunaler Antidiskriminierungsstellen.
- **Gleichstellung** des von Migrant*innen gewählten **Integrationsrats** mit anderen Ausschüssen.
- Die Stadt Essen soll dem Bündnis „**Städte sicherer Häfen**“ beitreten. Für uns ist kein Mensch illegal!
- **Bleiberechtsregelung** für geduldete und illegalisierte Menschen schaffen.
- Das Gerede über Clans und die Stigmatisierung von Libanes*innen beenden und **Entschuldigung für die jahrzehntelange Ausgrenzung**.
- Kommunale **Unterstützung** bei der Beantragung von **Doppel- und Mehrfach-Staatsangehörigkeiten** erleichtern.
- Sozialräumliche **Integrationsarbeit** als ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklung ausweiten.
- **Beratungsstellen** zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und zur Arbeitsmarktintegration mit herkunftssprachlichen Berater*innen.

- **Förderung der Selbstorganisationen** von Migrant*innen und Einbeziehung dieser Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der Kommunen.

- Kommunale **Finanzierung von Dolmetscher*innen** für alle Behördengänge.

- **Menschenwürdige Unterbringung**, kostenlose **Rechtsberatung** und voller Zugang zum **Gesundheitssystem** für Geflüchtete.

- Mehr **Sozialarbeiter*innen** und Care-Personal einstellen.

- **Diskriminierung von Roma als Fluchtgrund anerkennen**.

- Sofortprogramm zur **Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften**, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können; in allen Lehramtsstudiengängen mit dem Unterrichtsfach Deutsch und allen Germanistik-Studiengängen muss Deutsch als Zweitsprache als verpflichtendes Modul aufgenommen werden, Module der interkulturellen Pädagogik muss es in allen Lehramtsstudiengängen geben.

XII. Kinder und Jugend: Gleiche Chancen von Anfang an

Jedes dritte Kind in Essen wächst in Armut auf. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen wie in Deutschland. Deswegen ist eine gute soziale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen. Aber daran mangelt es, auch und gerade in Essen.

Deshalb bedarf es einer verstärkten Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen, vor allem im Essener Norden. Selbstverwaltete Räume, die Jugendliche aktiv mitgestalten können (alternative und Jugendzentren), wollen wir stärken. Die entsprechenden Angebote sollen ausreichende Sachausstattung erhalten und personell gut aufgestellt sein. Dafür bedarf es mehr Struktur- und weniger Projektförderung.

Um eine gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen in Essen zu gewährleisten, fordern wir kostenlose Monats-tickets für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort. Außerdem muss die Nutzung von Sportplätzen und -hallen sowie Schwimmbädern unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit sein. DIE LINKE Essen setzt sich dafür ein, dass kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei nutzbare Sportstätten erhalten bleiben.

In Essen fehlen fast 3.000 Kitaplätze und das seit Jahren. Weder die aktuelle noch die vorherige Ratsmehrheit hat es geschafft, hier Abhilfe zu schaffen. Gerade für unter

Dreijährige gibt es zu wenig Kita-Plätze und der Ausbau stockt. Besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen abgespeist. Denn viele Eltern wünschen sich anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe hierfür sind die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung. Dabei darf der Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung nicht vom Erwerbsstatus der Eltern abhängen. Wir finden: Erwerbslose Familien systematisch auf 25-Stunden-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist keine Lösung!

Was tun?

- Es müssen weiterhin ausreichend öffentlich geförderte, insbesondere **kommunale Kitaplätze** geschaffen werden.
- **Ausbau von U3-Plätzen** in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die Betreuungsquote auch bei steigenden Geburtenzahlen zu erhöhen.
- Kita-Neubau durch **kommunale Bau-träger** statt durch Privatinvestoren, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden sollte. Kitagebäude sollten der Kommune gehören. Teure Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand.
- Die **Qualifikation von Tageseltern** ist erheblich auszubauen und die fachliche Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger zu verbessern.
- Die **Erzieher*innen-Ausbildung** in städtischen Berufskollegs muss ausgebaut und attraktiver gestaltet werden, um dem

Fachkräftemangel langfristig entgegenzuwirken.

- **Mehr Praktikumsplätze** im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des Anerkennungsjahres für Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen.

- **Mehr beitragsfreie Mitmachangebote** in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit während und außerhalb der Schulferien; ausreichende Deckung des tatsächlichen Bedarfs.

- Erhalt und Ausbau von **Streetwork** und Angeboten der aufsuchenden Sozialarbeit.

- Besondere **Förderung** von (barrierefreien) **Spielplätzen** in sozial belasteten Gebieten, die von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden. Dies schließt auch Freiflächen als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche, außerschulische Lernorte und die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume ein.

- Bedarfsgerechte **Angebote der Kinder- und Jugendkultur** als verpflichtender Bestandteil im Kinder- und Jugendförderplan.

- **Senken des Wahlalters** bei Bürgerbegehren und -entscheiden sowie Kommunalwahlen auf 14 Jahre.

XIII. Kultur von allen für alle – für kulturelle Freiräume

Essen ist reich. Reich an Kultur, reich an Kunst. Kultur und kulturelle Bildung sind wichtige Konstanten im Leben einer Stadt. Sie ermöglichen Begegnung, Austausch und gegenseitiges Kennenlernen. Kultur belebt und prägt die Stadt, wenn alle Essener*innen ein vielseitiges kulturelles Angebot wahrnehmen oder kreativ selbst gestalten können. Deshalb setzt sich DIE LINKE Essen für den Erhalt des bestehenden Kulturangebots ebenso wie für die Entwicklung eines breiten, wohnortnahen und erschwinglichen kulturellen Angebots ein. Wir wollen die kulturelle Teilhabe aller Menschen in der Stadt verbessern und treten deshalb für die Förderung interkultureller Arbeit ein. Wir kämpfen für die soziale Absicherung aller Beschäftigten im Kulturbereich.

Die Theater und Philharmonie GmbH ist am Ende des Kürzungskurses angekommen. Bei weiterer Mittelkürzung leiden Qualität und Quantität der fünf Sparten (Aalto Mu-

siktheater, Aalto Ballett, Essener Philharmoniker, Schauspiel Essen und Philharmonie Essen). Das lehnen wir ab. Die derzeitige Diskussion um eine Umstrukturierung darf nicht unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Einsparung, sondern der Erhöhung der Qualität geführt werden. Durchaus sinnvoll können dagegen stärkere Kooperationen der kulturellen Einrichtungen mit denen der Nachbarstädte sein. Gerade die jüngere Generation sieht das Ruhrgebiet kulturell längst als eine Region an. Stadtgrenzen sind keine Kulturgrenzen mehr. Aber Theater, Tanz, Oper und Philharmonie müssen sich stärker in die Stadt öffnen, von sich selbst aus Stadtteilkultur anbieten bzw. fördern. Das erfolgreiche „Kulturticket“ für Studierende muss Menschen mit geringem Einkommen oder Unterstützungsleistungen ebenfalls zugänglich gemacht werden. Die Aktivitäten von KulturPott.Ruhr reichen dafür nicht aus. Mit der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass besonders die freie Kunst- und Kulturszene in Existenznot

gerieten. Hier muss der Bund für Hilfen sorgen. Aber auch die Stadt Essen hat eine Verantwortung, ihre Kunst- und Kulturszene zu sichern.

Dies gilt auch für das Museum Folkwang. Der Erfolg des kostenfreien Eintritts in die Dauerausstellung zeigt, dass das Interesse aller Bevölkerungsschichten und Altersgruppen hoch ist. DIE LINKE Essen setzt sich dafür ein, dass dies weitergeführt und ausgebaut wird. Die Ausstellungen vor Stadtgeschichte im Haus der Essener Geschichte müssen der Öffentlichkeit gut zugänglich sein. Dazu muss das Personal im Haus der Geschichte schrittweise ausgebaut werden. Nicht nur um die Erweiterung der Öffnungszeiten zu garantieren, sondern auch, um ein breites museumspädagogisches Angebot vor allem für Schulen bereit zu halten.

Die derzeitige Diskussion um die Umstrukturierung der Bibliotheken der Stadt darf nicht zu einer Einsparung, sondern muss zu einer Verbesserung ihrer Qualität führen. DIE LINKE Essen setzt sich dabei auch für Wohnortnähe und Erreichbarkeit ein. Sie müssen umgestaltet werden zu einem Ort der Bildung, der Begegnung und des Austauschs. Allein der Verleih von Medien reicht nicht mehr aus. DIE LINKE Essen begrüßt die Erweiterung der Öffnungszeiten. Dafür müssen sie aber auch insgesamt ausreichend finanziert werden.

Kultur und Kunst einer Stadt lebt vielfach von der freien Szene. DIE LINKE Essen streitet für die gezielte Entwicklung der freien Kunst- und Kulturszene. Langfristige und verlässliche Förderungen sind für die freie Szene wichtig, ebenso zusätzliche Raumangebote. Solche Angebote können auch in leerstehenden Läden, wie es sie in Essen vielfach gibt, zum Beispiel in der Nordstadt oder in Altendorf, geschaffen werden. Hier muss die Stadt gezielt aktiv werden und einmal geschaffene Freiräume

schützen. Kunst im öffentlichen Raum muss ein fester Bestandteil städtischer Planung sein und bei öffentlichen Bauaufträgen mitgedacht und umgesetzt werden.

Deshalb ist es notwendig, die Kulturförderung neu zu gestalten. Wir wollen eine Anpassung der Kriterien an die Bedingungen der unterschiedlichen Sparten. Das Budget für die freie Szene muss erhöht werden und ein Miteinander von professioneller freier Szene und Amateur*innen ermöglichen. Wir wollen transparente Entscheidungsstrukturen, um eine gezielte Förderung über Banalitätsgrenzen hinaus zu erreichen. Dazu müssen auch die Bezirksvertretungen in die Lage versetzt werden. Künstler*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Deshalb tritt DIE LINKE Essen für die Schaffung einer Honoraruntergrenze bei städtischen Aufgaben bzw. Projekten ein.

Wir wollen einen Aus- und Umbau des Kulturbüros der Stadt Essen, um stärker als bisher Kulturprojekte in allen Stadtteilen aufbauen zu können und Künstler*innen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Quer durch alle Kultursparten müssen die Möglichkeiten ausgebaut werden, die Ergebnisse der künstlerischen Arbeit im öffentlichen Stadtraum präsentieren zu können. Dazu gehört auch die Anerkennung von Graffiti als künstlerische Ausdrucksform und die Schaffung neuer, legaler Graffiti-Flächen. Außerdem benötigen wir eine neue Diskussionskultur zwischen dem Kulturbeirat der Stadt und den politischen Gremien. Kunst und Kultur können nicht alles, aber sie können zu einem solidarischen Dialog, gegenseitigem Verständnis und friedlichem Miteinander beitragen.

Was tun?

■ Kunst und Kultur benötigen mehr **finanzielle Mittel**, mehr Freiraum und Freiheit.

- Hoch subventionierte Kultureinrichtungen müssen sich mehr in den Stadtteilen engagieren, **Stadtteilkultur unterstützen**.
- **Kunst erleben** muss für alle erschwinglich sein.
- **Stadtteilkultur** muss weiterentwickelt und bei politischen Entscheidungsprozessen mitgedacht werden.

- Kunst und Kultur und ihre Einrichtungen müssen **barrierefrei** sein.
- Die verschiedenen **künstlerischen Ausdrucksformen im öffentlichen Raum** sichtbar machen, beispielsweise Graffiti.

XIV. Ökologie: System change not climate change!

Klimaschutz betrifft alle. Die Große Koalition (GroKo) in Essen (CDU und SPD) sieht das anders. Die Stadtverwaltung hat zwar vor Jahren beschlossen, zu 100% erneuerbaren Strom zu nutzen, sie soll aber auch die Stromversorgung auf eigenen Gebäuden selbst sicherstellen, z.B. durch Solar- oder Windanlagen. Klima- und Umweltschutz müssen eine Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche der Stadtverwaltung werden. Zudem sollen Solargenossenschaften von Bürger*innen gefördert und verstärkt eingebunden werden. Die Verwaltung orientiert sich bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an wissenschaftlichen Erkenntnissen wie dem Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Der Klimabericht der Stadt Essen muss weiter fortgeschrieben werden und spätestens alle zwei Jahre soll eine Klimakonferenz mit allen gesellschaftlichen Gruppen ausgetragen werden, um die Befunde aus dem Bericht transparent auszuwerten und in Maßnahmen zu überführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Essen auf allen Ebenen dafür kämpft, dass das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens eingehalten wird und Essen CO₂-neutral wird. Leider hat die GroKo die Zeichen

der Zeit nicht erkannt: Klima-Notstand überall, nur nicht in Essen. Großstädte erwärmen sich laut Klimabericht des Weltklimarates deutlich stärker als ihr Umland. Speziell für Essen, das in einer Metropolregion von anderen Großstädten umgeben ist, heißt das, dass wir ein konsequentes und effektives Begrünungs- und Beschattungskonzept brauchen. In Essen sind aber seit 2015 mehr als 11.000 Bäume ersatzlos gefällt wurden. Bäume nehmen nicht nur CO₂ aus der Luft auf und geben Sauerstoff ab, sie spielen außerdem eine wichtige Rolle in der Abkühlung des urbanen Klimas, gerade an heißen Sommertagen. DIE LINKE Essen fordert ein Baumfäll- und Baumpflanzkataster.

Die Baumpflege soll nicht weiter auf Ehrenamtliche ausgelagert werden, sondern durch mehr Geld für Grün & Gruga und neu zu schaffende Stellen gesichert werden. Insektenfreundliche Wiesen werden in den Parks der Stadt integriert und erhalten. Zusätzlich werden öffentliche Veranstaltungen zum Stadtklima durchgeführt. Neben einem besseren Schutz für bestehenden Pflanzenbestand und Neupflanzungen müssen wir zusätzlich für eine konsequente Fassaden- und Dachbegrünung sorgen, die schon bei

der Bauleitplanung mitgedacht wird. Die Innenstadt wollen wir in eine grüne Oase verwandeln: Anstelle von Beton- und Steinwüsten wollen wir eine lebendige Stadt, die zum Verweilen einlädt.

Wir stellen uns gegen weitere Bebauung von Grünflächen und setzen auf Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Auch die Einwohner*innen sorgen sich um die klimatisch wichtigen Freiflächen in ihrem Stadtteil. Die Proteste der vergangenen Monate führen das Scheitern der großangelegten Bürger*innenbeteiligung „Wo wollen wir wohnen“ unmissverständlich vor Augen. Abstrakte Beteiligungen bringen dann nichts, wenn nicht die Betroffenen vor Ort einbezogen werden. Sie sind die Expert*innen und haben wie im Falle Haarzopf durchaus konkrete Alternativen zu den Verwaltungsvorschlägen entwickelt. Wir setzen uns dafür ein, den Flugbetrieb am Flughafen Essen / Mülheim schnellstmöglich einzustellen und eine stellenweise Bebauung der Fläche unter Berücksichtigung ihrer Funktion als Klimazone und Frischluftschneise umzusetzen, um Wohnungen für Menschen und nicht Lobbyinteressen zu fördern.

Klimawandel ist für uns untrennbar mit Klimagerechtigkeit verbunden. Vom Klimawandel sind die dichtbesiedelten Stadtteile mit einer meist ärmeren Bevölkerung am stärksten betroffen. Die Temperaturunterschiede zwischen verdichteten Bebauungen und grünen Vororten können leicht 8-10°C betragen. Das heißt für uns, dass hier zuerst und mit kreativen Begrünnungsideen die Lebens- und Luftqualität für Anwohner*innen erhöht werden muss. Kleine Parks, Dach- und Fassadenbegrünung, Urban Gardening und Farming (Gemeinschaftsgartenprojekte), bunt blühende Mittelstreifen, Entsiegelung von Flächen: Es gibt viele Wege, man muss sie nur gehen und nicht fahren wollen.

DIE LINKE Essen setzt sich für eine*n Fußverkehrsbeauftragte*n ein, um Sicherheit und Bequemlichkeit erst einmal für Menschen und nicht für Autos zu gewährleisten. Die halbherzigen Maßnahmen im Rahmen des Lead-City-Programms werden nicht zu einem nachhaltigen Umstieg auf den ÖPNV führen. Wir setzen uns für einen kostenfreien Bus- und Bahnverkehr sowie dessen Ausbau ein, damit alle Essener*innen in den Genuss eines gut funktionierenden ÖPNVs kommen können. Zudem sollen mehr und ordentliche Fahrradwege und -straßen die Luftqualität verbessern und die Mobilität erhöhen.

Der Forstbetriebsplan muss weiterentwickelt, ein Waldschutz- und Waldumbaukonzept erarbeitet und die Baumschutzsatzung erneuert werden. Um genauere Erkenntnisse darüber zu sammeln, soll die Stadt einen Klimawald pflanzen. Im Essener Stadtwald soll auf Forstwirtschaft weitestgehend verzichtet werden und wo Wälder doch forstwirtschaftlich genutzt werden, soll möglichst auf schwere Maschinen verzichtet werden. Natur- und Landschaftsschutzgebiete sollen erhalten bleiben und nicht bebaut werden. Jeder gefällte Baum muss ersetzt werden!

Wir setzen uns dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen nur noch an ökologisch ausgerichtete Produzent*innen vergeben werden. Es gibt 3.000 Hektar Agrarfläche, mit denen sich die Stadt mit modernen, nachhaltigen Methoden wie Permakulturen selbst versorgen könnte. Essen soll eine pestizidfreie Stadt werden. Wir unterstützen die Grundsätze der Biostadt.

Seit 2013 ist Tierschutz erklärtes Staatsziel. Für die Tierwelt hat sich seitdem wenig verbessert. Im Gegenteil – durch das bestehende Tierschutzgesetz wird die Tierwelt entrechtet und dem Kapitalismus unterworfen. DIE LINKE Essen kann auf kommunaler

Ebene das Tierschutzgesetz nicht ändern, aber mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern, z.B. keine Genehmigungen für Zirkus-Gastspiele mit Tieren, Ponyreiten auf Volksfesten verbieten und das Essener Tierheim ausreichend finanziell ausstatten. Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert.

Um unsere Vision einer klimagerechten Stadt für alle zu erreichen, müssen wir mit der aktuellen Politik brechen und uns gegen Konzerne wehren, die sich an der Umweltzerstörung oder am Menschen- und Klimakiller Krieg bereichern. RWE, dem größten CO2-Emittenten der EU, sowie Evonik müssen Grenzen aufgezeigt werden. Thyssen-Krupp, das von der Rüstungsschmiede des Reichs zu der Europas aufgestiegen ist, gilt es zu entmachten. Wir wollen uns dafür einsetzen, diese Betriebe und ähnliche in öffentliche Hand zu überführen. Die klimaschädlichen Teile der Produktion, insbesondere die Erzeugung von Strom aus Kohle und die Herstellung von kriegstauglichen Gütern, müssen komplett eingestellt werden. So ist auch der Verkauf der RWE-Aktien durch die Stadt längst überfällig.

Das alles schaffen wir nicht allein auf kommunaler Ebene, doch in Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen wie der neuen Klimabewegung (wie z.B. Fridays For Future und Parents For Future), können wir unsere Ziele bis auf die Bundesebene tragen und umsetzen. Nur so schaffen wir eine Welt, die gerecht für Klima und Menschen ist. DIE LINKE. Essen fordert: System Change, not Climate Change!

Was tun?

- Essen wird bis 2030 **CO2-neutral**.
- Eigene Stromversorgung für die Stadtver-

waltung durch **Solar- und Windanlagen**.

- Fortschreibung des **Klimaberichts** sowie regelmäßige **Klimakonferenz** zur Auswertung und Umsetzung.
- Ausrufen des **Klimanotstands**.
- Mehr Geld und Stellen für **Grün & Gruga**.
- Stärkung **öffentlicher Veranstaltungen** zum **Stadtklima**.
- Konsequente Fassaden- und Dachbegrünung, Entwicklung der Essener Innenstadt zur **grünen Oase**.
- **Innen- vor Außenentwicklung**.
- **Klimawandel = Klimagerechtigkeit**: Alle Essener*innen haben ein Recht auf gute Luft.
- Ausnahmsloses **Nachpflanzen von Bäumen**, sowie Erstellung eines Baumkatasters; stärkere Unterstützung von Baumbeetpat*innen.
- Weitestgehender Verzicht auf Forstwirtschaft, Schaffung eines **Klimawalds**.
- Stärkung von Essener **Tierschutzorganisationen**.
- Konkrete Konzepte zur **Erhaltung der Artenvielfalt** entwickeln.
- RWE Aktien verkaufen, Evonik und Thyssen-Krupp entmachten und in die **öffentliche Hand** überführen.

XV. Ordnungspolitik: Soziale Sicherheit statt Ausgrenzung

Für uns ist Ordnungs- und Sicherheitspolitik zuerst eine Frage der sozialen Gerechtigkeit: Um Kriminalität zu bekämpfen, müssen wir ein zukunftssicheres Essen schaffen, in dem jede*r eine Perspektive für sich, ihre*seine Freund*innen und Familie sieht. Uns ist klar, dass die reale Sicherheit einer Stadt nicht immer gleichbedeutend mit der gefühlten Sicherheit ist. Denn auch in Essen trägt der Schein: unsere Stadt ist eine der sichersten Großstädte der Welt, in Deutschland liegen wir unter den zehn sichersten Städten! Und das Schlechtere der Stadt hat reale Konsequenzen: wenn Rechtspopulist*innen und Law & Order Politiker*innen so tun, als ob unsere Stadt der Wilde Westen wäre, siedeln sich weniger Menschen hier an. Hochqualifizierte Menschen zieht es in andere Städte und der Tourismus leidet. Aber wir lassen uns unsere Stadt nicht schlecht reden!

Um Sicherheitskräfte und Gerichte zu entlasten, werden wir auf Landes- und Bundesebene dafür kämpfen, dass Schwarzfahren und Cannabiskonsum nicht mehr strafbar sind. Beide „Delikte“ verursachen jährliche Millionen Stunden an Arbeit, die an anderer Stelle fehlen. Außerdem lehnen wir die so genannte Doppelstreife, bestehend aus einem Mitglied der kommunalen Ordnungsbehörde und dem privaten Unternehmen RGE, ab: städtische Aufgaben gehören in städtische Hand, nicht in die eines Unternehmens, auch wenn es der Stadt gehört. Wir fordern die Etablierung von so genannten Kontaktbeamt*innen durch Polizei und Stadt. Anstelle von wechselnden Personen sollen sich Beamt*innen als Kümmerer in ihrem Kiez etablieren und auch am Wochenende erreichbar sein. Diese Beamt*innen sollten nicht bewaffnet sein. Denn sie sind nicht zur Kontrolle da, sondern um sich um

die Menschen vor Ort zu kümmern.

DIE LINKE Essen fordert die sofortige Abschaffung von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen. Viele Studien haben bewiesen, dass Kameras Kriminalität nicht verhindern, sondern sie an andere Orte verdrängen. Aber unter der Dauerüberwachung leidet in hohem Maße die Freiheit aller Bürger*innen. Wir wollen keine gläsernen Menschen!

Die andauernde Schikane durch Razzien mit hunderten Beamt*innen gegen Shishabars und neuerdings Barbershops, die zumeist Menschen mit libanesischer oder arabischer Abstammung gehören, lehnen wir ab. Für uns ist dieses Vorgehen nichts anderes als Racial Profiling. Menschen sollen nicht wegen ihrer Herkunft oder ihrem Aussehen in Sippenhaft genommen werden. Ebenso lehnen wir die Verdrängungspolitik gegenüber im Stadtkern oder in Stadtteilzentren „unerwünschten“ Gruppen („Trinkerszene“) als Ordnungspolitik ab. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung und dürfen nicht verdrängt werden. Keine Law & Order Politik, sondern Prävention muss der Grundpfeiler jeder Sicherheitspolitik sein.

Was tun?

- **Abschaffung der Streifen** aus Ordnungsdienst und RGE.
- **Keine Schikane-Razzien.**
- **Abschaffung der Videoüberwachung** von öffentlichen Plätzen.
- **Keine Verdrängung** der Trinker*innen-szene.

- Schaffung von **unbewaffneten Kontaktbeamt*innen** anstelle der Doppelstreife.

- **Stopp dem Schlechtreden Essens** durch öffentliche Personen.

- **Prävention statt Verfolgung.**

- **Entkriminalisierung** von Schwarzfahren und Cannabiskonsum.

XVI. Senior*innenpolitik: Selbstbestimmtes Leben für jedes Alter

Menschen über 60 Jahren haben in Essen einen Anteil an der Bevölkerung von ca. 27%. Die Hälfte davon lebt allein. Viele Senioren*innen vereinsamen, weil die gesellschaftliche Teilhabe fehlt. Es ist aber falsch, wenn Menschen, die jahrzehntelang für unsere Gesellschaft gearbeitet haben, jetzt aufs soziale Abstellgleis gestellt werden und in Armut leben müssen, denn eine solche Lebenssituation macht viele Menschen krank.

Wir brauchen mehr senior*innengerechte Wohnungen. Daher ist es notwendig, die Zweckbindung von solchen Wohnungen einzuführen. Auch ist es wichtig, dass die Senior*innenwohnungen in den Quartieren entstehen, wo die Senior*innen ihren Lebensmittelpunkt haben. Dies ist auch eine Forderung aus dem laufenden Programm „Starke Menschen – Starke Quartiere“.

Die Stadt muss insgesamt ein Ort der kurzen Wege werden: Einrichtungen des täglichen Bedarfs müssen so auch im hohen Alter fußläufig erreichbar sein. Seien es Praxen, Supermärkte oder Cafés. Dies hilft nicht nur Menschen, die nicht gut zu Fuß sind, sondern ist auch ein aktiver Beitrag für den Umweltschutz.

Auch hier hat die Coronakrise die Schwächen unserer Gesellschaft bloßgelegt: Senior*innen, die keine Angehörigen oder Freunde haben, mussten sich auf dem Höhepunkt der Krise selbst versorgen,

auch wenn sie zu den Hochrisikogruppen zählen. Nur durch die Unterstützung vieler Freiwilliger konnten Einkäufe erledigt oder dringend benötigte Medikamente besorgt werden. Um für die Zukunft die Versorgung alleinstehender Senior*innen im Falle einer weiteren Krisensituation, aber auch im Alltag zu sichern, muss die Stadt entsprechende Projekte in den Vierteln fördern oder selbst anstoßen.

Was tun?

- Flächendeckende **Versorgungsangebote** vor Ort, die gut erreichbar und einfach zugänglich sowie an den Bedarfen von Senior*innen ausgerichtet sind.

- Der Essener Nahverkehr muss **fahrscheinlos und barrierefrei** nutzbar gemacht werden und zwar so schnell wie möglich und an allen Stationen.

- **Servicebrücken** zwischen Jugend und Alter müssen auf kommunaler Ebene institutionalisiert werden.

- Das Lebensumfeld von Senior*innen muss **bedarfsgerecht gestaltet** werden.

- **Wohnprojekte** für Senior*innen, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser müssen gefördert werden.

- Leitbild für die Stadt- und Gemeindeentwicklung ist die „**Stadt der kurzen Wege**“.
- Nachbarschaftliches Engagement, Selbsthilfe-Organisationen und andere **lokale Strukturen** müssen gefördert werden.
- **Ansprech- und Koordinationspersonen** in Wohnquartieren, um Senior*innen im Stadtteil besser zu vernetzen.
- **Wahlfreiheit** zum Verbleib im gewohnten

Wohnumfeld und Unterstützung beim Umbau der Wohnung.

- **Stadtteilprojekte** starten, die älteren Menschen mit dem immer stärkeren Problem der Vereinsamung helfen sollen – kein Mensch muss alleine sein!
- Ermäßigte **Eintritts- und Nutzungspreise** in allen von der Stadt finanzierten oder unterstützten Einrichtungen schaffen, wo es sie noch nicht gibt.

XVII. Sexarbeit: Probleme anpacken anstatt Menschen ausgrenzen!

Für Selbstständige, egal in welchem Gewerbe sie tätig sind, gelten andere Bedingungen als für Angestellte. Sexarbeit ist dabei gesondert geregelt. Denn seit dem 1. Juli 2017 ist das „Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen“, kurz „Prostituiertenschutzgesetz“ (ProstSchG), in Kraft getreten. DIE LINKE Essen streitet unabhängig von der Frage, welche gesellschaftliche Akzeptanz die Sexarbeit genießt, für:

- Die **Ablehnung einer möglichen Sondersteuer** für Räume wie Bordelle, Schwulen-Clubs und Schwulen-Saunen, in denen sexuelle Kontakte möglich sind. Mit einer solchen „Sexsteuer“ wird das Gewerbe an sich unterdrückt, ohne dass die Kommune finanziell wirklich entlastet wird.
- Eine **Anpassung der Sperrbezirksverordnung**: Sexarbeiter*innen brauchen keine Sperrbezirke, sondern geschützte, kommunale Räume mit entsprechenden Standards.
- Die **hohen Hygiene- und Sicherheits-**

standards des „Straßenstrichs“ an der Gladbecker Straße müssen erhalten und im Sinne der dort tätigen Sexarbeiter*innen ausgebaut werden.

- **Einrichtung von „Runden Tischen“**, in denen die Kommunikation zwischen Sexarbeiter*innen, Verwaltungsangestellten und Bürger*innen ermöglicht wird.
- Eine **Stärkung** der personellen und finanziellen Ausstattung von unabhängigen **Beratungsstätten**, wie der Beratungsstelle „Freiraum“: Es ist dringend erforderlich, Tätigen in der Sexarbeit Zugang zu Weiterbildung (berufliche Qualifikation, Sprachkurse, Selbstverteidigung) zu ermöglichen und Menschen, die aus dem Beruf aussteigen oder ihn wechseln möchten, vernünftige Alternativen anzubieten – und das über die aktuell übliche Vermittlung in Hartz IV oder in den Billiglohnsektor hinaus. Beratungsstätten müssen auch Hilfe bei Gewalterfahrung leisten können und dementsprechend ausgestattet werden.
- **Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit** zur Entstigmatisierung von Sexarbeit.

XVIII. Sport: Breitensport statt Olympia

Sport gehört in Essen dazu! Vom (Rollstuhl-) Basketball, Handball und Fußball über das Boxen, (Indoor) Rudern und Schwimmen hin zum Rhönrudern: Die Essener Sportlandschaft ist im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen vielfältig. Ob für die Weltmeisterschaft, die eigene Gesundheit oder einfach weil es Spaß macht, die Essener*innen treiben gerne Sport. Daher gibt es neben dem klassischen Vereinssport auch immer mehr Essener*innen, die ihren Sport selbstorganisiert angehen. Dieser reicht vom Joggen, Radfahren, Wandern, Fitness oder Yoga bis zum Skaten, Klettern oder gemeinschaftlichen Bolzen im Park. Um allen einen Zugang zu sportlichen Aktivitäten zu ermöglichen, setzen wir uns neben der Förderung von Vereinen auch für Sportstätten im öffentlichen Raum ein. Diese müssen aber auch nutzbar sein, weshalb heruntergekommene Sportstätten endlich saniert werden müssen. Der Etat der Sport- und Bäderbetriebe muss dazu auf ein angemessenes Niveau angehoben werden.

Zu einer lebenswerten Stadt gehört ein vielfältiges Freizeit- und Sportangebot, das allen Menschen zugänglich ist. Denn ein breites Sportangebot wirkt sich nicht nur positiv auf die Gesundheit, sondern auch auf die Zufriedenheit aus. Weil der Sport einen Treffpunkt bietet und für viele ein Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens ist, leistet er auch hervorragende Arbeit darin, Menschen zusammenzubringen. Gerade auch für unsere Sportvereine sind die Förderung von Toleranz und Akzeptanz sowie die Gewaltprävention wichtige Ziele, womit sie einen großen Beitrag im Engagement gegen Rassismus und Ausgrenzung leisten. Besondere Angebote für Mädchen und Frauen, wie z.B. Mädchenfußball-Teams oder Selbstverteidigungskurse, sind ein wichtiger Beitrag zu Förderung der Selbstbestimmung.

Trainer*innen benötigen entsprechende Schulungen, um diese Ziele umsetzen zu können. Deshalb fordern wir, dass die Stadt die Vereine mit entsprechenden finanziellen Mitteln entlastet und kostenlose Aus- und Weiterbildungen anbietet. Ehrenamtliches Engagement soll durch eine Freiwilligenkarte, die Vergünstigungen beinhaltet, anerkennend belohnt werden.

Bewegungsräume in ausreichender Menge müssen fester Teil einer umfassenden Stadtentwicklung sein und bei der Stadtplanung mitgedacht werden. Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie weitere Nutzer*innen sind bei der Planung mit einzubeziehen und die Erreichbarkeit mitzudenken. So kann der Bau eines Spielplatzes auch zum Bau eines „Dritten Ortes“ werden, wo Jung bis Alt inklusive anliegende Schulen einen Raum für Bewegung, Austausch und Erholung haben. Solche Orte braucht es im gesamten Stadtgebiet. Wir setzen uns deshalb für den Schutz und die Ausweitung der bestehenden, sowie die Schaffung neuer Bewegungsräume ein, die gut angebunden sind und von allen genutzt werden können.

Darüber hinaus darf kein Schwimmbad mehr geschlossen werden, es müssen neue eröffnet werden! In Zeiten, in denen ein Rekordsommer den nächsten jagt, benötigen die Menschen genügend Orte zum Abkühlen. Gerade das Grugabad sollte daher durchgehend im Sommer geöffnet sein, längst überfällige Um- und Neubauten sind schnellstmöglich umzusetzen und der überfällige Denkmalschutz für das Bad festzuschreiben. Die Essener Schwimmbäder sollen für alle kostenlos zugänglich sein, mindestens aber braucht es Sozialtarife, die ihren Namen auch verdient haben – 1 Euro wäre angebracht. Zur Verbesserung der

Schwimmfähigkeit, vor allem von Kindern und Senior*innen, benötigen wir zudem deutlich mehr Lehrschwimmbecken sowie mehr und dauerhaft eingestellte Bademeister*innen sowie Schwimmlehrer*innen. Wir wollen alle mitnehmen: vom Breiten- bis zum Hochleistungssport, inklusiv und barrierefrei!

DIE LINKE Essen lehnt die Durchführung olympischer Spiele an Rhein und Ruhr ab. DIE LINKE Essen tritt in jedem Fall für einen frühzeitigen Bürger*innen- oder Volksentscheid zur Durchführung von Olympia an Rhein und Ruhr ein, der vor den Entscheidungen für oder gegen Olympia stattfindet. DIE LINKE Essen setzt sich dafür ein, dass in die Menschen der Region investiert wird, statt ins Olympische Komitee, die Sportvermarkter und Rechthändler. Deswegen sagen wir Nein zu Olympia!

Was tun?

- **Förderung** von Vereinen und selbstorganisiertem Sport.
- Heruntergekommene Sportstätten **sanieren**.

- **Etat** der Sport- und Bäderbetriebe **erhöhen**.

- **Vereine finanziell entlasten:** Kostenlose Aus- und Weiterbildungen sowie Freiwilligenkarte für Ehrenamtliche, die Vergünstigungen beinhaltet.

- **Dritte Orte** für Jung bis Alt bei der Stadtplanung mitdenken.

- Schutz und Ausweitung der bestehenden und Schaffung von neuen **Bewegungsräumen**.

- Neue **Schwimmbäder** und Lehrschwimmbecken.

- Um-/Neubau und Denkmalschutz für das **Grugabad** sowie durchgängige Öffnung im Sommer.

- **Kostenloser Eintritt**, mindestens aber ein 1 Euro-Sozialtarif für die Essener Bäder.

- Mehr und dauerhaft eingestellte **Bademeister*innen**.

XIX. Solidarische Stadtplanung: Für eine lebenswerte Stadt für alle!

Seit 2012 ist die Zahl der Einwohner*innen der Stadt Essen wieder gestiegen. Ende 2019 lebten über 591.000 Menschen in der Stadt im Herzen des Ruhrgebiets. Essen gehört mit einem Grünflächenanteil von 50 % zwar zu den grünsten Großstädten Deutschlands, gleichzeitig ist sie mit 2.810 Einwohner*innen pro Quadratkilometer Fläche jedoch auch eine der dichtest besiedelten Städte mit vergleichsweise eher

altem Wohnungsbestand. Schon diese wenigen Zahlen und Fakten verdeutlichen wesentliche Aufgaben, vor denen die Stadtentwicklung in Essen steht: Essen braucht Wohnraum, vor allem im preiswerten Bereich, die Stadt braucht aber auch Freiflächen und öffentliche Freiräume – und damit sind nicht zubetonierte Plätze gemeint, sondern Grünflächen, Wasser, aber auch Plätze, auf denen man sich ohne

Konsumzwang treffen, aufhalten oder auch kreativ betätigen kann.

Die Stadtentwicklungspolitik in Essen war in den letzten Jahren im Wesentlichen durch die Verwaltung des Bestehenden gekennzeichnet. Bei neuen Bauprojekten ging es oft nur nach den Wünschen finanzkräftiger Investor*innen. Die vor einigen Jahren eingeleitete Strategiediskussion „Essen 2030“, die DIE LINKE in ihrer konkreten Ausführung immer kritisiert hat, wurde klammheimlich beerdigt. Es gibt zwar große Entwicklungsprojekte wie „Essen 51“ im früheren Krupp-Gürtel oder die „Freiheit Emscher“, die alt-industriellen Flächen der ehemaligen Deutschen Kohlereserve in Essen und Bottrop, ein Gesamtkonzept, wo die Stadt hin will, gibt es jedoch nicht. Konsequenterweise wurde die frühere Grundsatzabteilung Stadtentwicklung schon vor Jahren abgeschafft – für eine der zehn größten Städte Deutschlands ein Unding. Die Entwicklung von neuen Flächen hat sich mehr als zehn Jahre lang zu sehr auf immer gleiche Vorschläge zur Erschließung von Grün- oder sogar Landschaftsschutzflächen für Wohnen, Gewerbe und Industrie beschränkt. Ein Siedlungskonzept für die Gesamtstadt, wie es in den 1920er Jahren oder auch in den 1980er Jahren entwickelt wurde, fehlt. Umso dringender ist die beschlossene Erarbeitung eines Landschaftsplans. Ein Gesamtkonzept kann dadurch jedoch nicht ersetzt werden.

Ein solches Konzept müsste auch eine Antwort auf eine der größten Herausforderungen in Essen beinhalten: Die völlig unterschiedliche soziale Entwicklung der Stadtteile. Essen gilt heute als eines der bekanntesten Beispiele für eine „soziale Entmischung“ der Stadt. Die Stadtteile nördlich der A 40 sind im Vergleich überwiegend arm und haben hohe Anteile von Erwerbslosen, Hartz-IV-Berechtigten, Rentner*innen und Migrant*innen. Die meisten Stadtteile südlich der A 40 liegen

statistisch weit darunter. Das ist kein naturgegebener Zustand, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Politik auf allen Ebenen – auch auf kommunaler.

DIE LINKE Essen steht für eine solidarische Stadtpolitik, die Schluss macht mit der räumlichen Spaltung, die stets zum Nachteil der ohnehin benachteiligten Menschen geschieht. Das Grundgesetz fordert bundesweit die Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen. Dieser Grundsatz muss auch innerhalb einer Großstadt wie Essen gelten. DIE LINKE Essen hält fest am Versprechen des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse für alle überall zu bewahren und, wo dies noch nicht der Fall ist, herzustellen.

DIE LINKE Essen spricht sich deutlich gegen jede Tendenz zur sozialen Trennung (Segregation) von arm und reich und für eine soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtplanung muss auf diese Ziele hinwirken. Stadtentwicklungsprojekte wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ müssen unbedingt erhalten und weiterentwickelt werden, ebenso die EU-Fördermittel, die für Städte wie Essen wichtig sind. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen mit Hilfe eines Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, soziale Netzwerke aufzubauen. Schließlich stellt die Klimakatastrophe gerade Großstädte wie Essen, mitten im größten deutschen Ballungsraum, vor neue Herausforderungen. In den Ballungszentren hat sich das Klima schon in den letzten Jahren deutlich stärker erwärmt als in ländlichen Regionen. Insbesondere in den verdichteten Innenbezirken liegen die Durchschnittstemperaturen schon bis zu 8°C höher als draußen im Grünen. Diese Entwicklung wird zunehmen, wenn die Klimakatastrophe nicht gestoppt und entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

DIE LINKE Essen tritt ein für eine klimasensible Stadtentwicklung und für das Ziel die Klimagerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen. Die UNO spricht von der „resilienten Stadt“ und meint damit eine Stadtpolitik, mit der eine im weitesten Sinne nachhaltige Entwicklung möglich wird, d.h. Stadtentwicklung muss darauf reagieren – mit einem Konzept, welches die Ausrichtung auf den Erhalt von Grünflächen, die Umsetzung eines Flächenverbrauchs von „0“, die Begrünung von Dächern und Fassaden, die Ausrichtung auf das Ziel CO₂-Neutralität, die Reduzierung von Feinstaub, NO₂ und Lärm beinhaltet. Zu diesem Konzept gehört auch der Fokus auf den dringenden Schutz der (inner)städtischen Grünanlagen, die außerordentlich wichtig für das Stadtklima sind. Großbäume absorbieren nicht nur große Mengen an Feinstaub, sondern senken auch die Temperaturen, speichern Feuchtigkeit und tragen insgesamt zu einem verbesserten Stadtklima bei. Deshalb sind Baumfällungen auf ein absolut notwendiges Mindestmaß zu beschränken. Wo ein Baum nicht gerettet werden kann, muss er nicht irgendwo, sondern an einem „klimarelevanten“ Ort ersetzt werden. Niemals sollten Bäume gefällt werden, um Parkplätze für PKW zu schaffen. Das ist eine gleich doppelt klimafeindliche Politik und wird von uns abgelehnt. Darüber hinaus ist auch das Thema Energieeffizienz wichtig. Es kann nicht sein, dass eine energetische Sanierung nur in teureren Wohnungen stattfindet und ALG-II-Berechtigte in billigen, aber heiz- und damit kostenintensiven Wohnungen leben müssen. Eine solche, auf die Verbesserung der Lebensbedingungen zielende Stadtentwicklungspolitik muss beteiligungsorientiert sein. Viele Konflikte um die Bebauung von Flächen in den letzten Jahren sind eskaliert, weil die Verwaltung sich stur auf die Beteiligungsregelungen des Baugesetzbuches zurückgezogen hat. DIE LINKE ist für eine

konsensorientierte Planungspolitik, die sowohl die Entwicklungsziele der Stadt berücksichtigt als auch die Interessen der Anwohner*innen, die frühzeitig in Planungen einbezogen werden müssen. Bürger*innenversammlungen, Planungsworkshops und -zellen führen in der Praxis oft dazu, dass nicht nur Widerspruch aus der Bevölkerung geklärt wird, sondern auch die Projekte selbst besser werden.

DIE LINKE Essen für ein grundsätzlich anderes Politikverständnis. Wir wollen nicht Stadtentwicklung gegen die Menschen, sondern für und mit den Menschen machen. Wir wollen nicht nur Stadtentwicklung mit den Investor*innen, sondern mit den Menschen, die hier leben.

Was tun?

■ DIE LINKE. Essen ist für **mehr Bürger*innenbeteiligung** bei der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Da es insbesondere gegen größere Neubauprojekte oft Widerstand bis hin zu langwierigen Klageverfahren gibt, muss die Bevölkerung stärker mitreden können werden – auch die Anlieger*innen. Beschleunigte Bebauungsplan-Verfahren ohne Bürgerversammlung und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, lehnt DIE LINKE ab.

■ Wir wollen die **Versiegelung von zusätzlichen Flächen stoppen**, sind für das Ziel eines Nullflächenverbrauchs und wollen bei der notwendigen Entwicklung von Flächen für Wohnraum, Gewerbe und Industrie Vorrang für die Innen- vor der Außenentwicklung. Dafür braucht die Stadt Essen ein Baulücken- und Leerstandskataster, das laufend weitergeführt wird.

■ Für Erweiterungen oder Ansiedlungen von Gewerbe und Industrie sind entsprechend vorrangig gewerbliche und indus-

trielle Brachflächen zu nutzen. Frühere Besitzer*innen bzw. Nutzer*innen müssen konsequent zur **Altlastenbeseitigung** herangezogen werden, gleichzeitig müssen die Landesmittel hierfür aufgestockt werden.

■ **Innenentwicklung** hat für DIE LINKE Essen **Vorrang vor Außenentwicklung**. Um den Wohnungsbedarf zu befriedigen, müssen unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen vor allem Nachverdichtungsmöglichkeiten gefunden werden. Wo möglich und vertretbar sind Gebäude aufzustocken, Dachgeschosse auszubauen und leerstehende gewerbliche Gebäude zu Wohngebäuden umzunutzen; zudem sind Baulücken zu schließen und Industrie- und Gewerbebrachen sowie Konversionsflächen zu bebauen.

■ DIE LINKE Essen ist dafür, neue Bauvorhaben vorrangig im **Geschosswohnungsbau** voranzutreiben. Einfamilienhäuser sind ökologische Flächenfresser, die die Stadt sich – wie viele andere Großstädte – immer weniger „leisten“ kann.

■ Wir wollen Quartiere, in denen die Menschen mit und ohne Behinderung gut leben und arbeiten können. Wir sind für eine **nachhaltige, ökologische und inklusive Stadtentwicklung**. Projekte für Mehrgenerationenwohnen und für ältere Menschen, die ein möglichst langes selbstbestimmtes, eigenständiges Leben ermöglichen, müssen in Essen stärker gefördert werden. Beratung und Hilfestellung der Stadt für solche Projekte müssen verbessert werden.

■ **Wohnung, Arbeit, Nahversorgung, soziale Infrastruktur und Kultur** sollten **nicht künstlich getrennt** werden, wie im Konzept der „autogerechten Stadt“.

■ DIE LINKE Essen ist dafür, dass bei der Planung neuer Wohngebiete die **soziale**

Infrastruktur wie Kindertagesstätten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr gleich mitentwickelt werden. Auf der anderen Seite lehnt DIE LINKE Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ oder in Gewerbegebieten ab.

■ **Essen wird bunter und vielfältiger**. Der Anteil der Menschen ohne deutsche oder mit doppelter Staatsangehörigkeit ist auf 27 % gewachsen. Dem muss auch in der Stadtplanung Rechnung getragen werden, sei es bei der Entwicklung von Kindertagesstätten, Alteinrichtungen oder auch Friedhöfen.

■ Die Wiederbelegung der Innenstadt kann nur durch eine **stärkere Förderung des Wohnens in der Innenstadt** gelingen – auch wenn Einzelhandel und Büros mehr Rendite bringen. Beim Einzelhandel in der Innenstadt sollte vor allem die Vielfalt kleinerer Besitzer*innen gefördert werden. Das Einkaufszentrum Limbecker Platz hat Kaufkraft zu sehr zentralisiert.

■ Gerade in der Innenstadt braucht die Stadt die **Entwicklung und Aufwertung von Grünflächen**, um Ruhezonen anzubieten und die Erwärmung einzuschränken. So lässt sich Lebensqualität auch in hochgradig versiegelten Gebieten stärken!

■ Essen ist die einzige der zehn größten deutschen Städte, die keine Quote für geförderten, sozialen Wohnungsbau bei Neubauprojekten hat. DIE LINKE ist für eine **Quote von mindestens 50 %**, die auch durch den Bau von Kindertagesstätten oder ähnlichem nicht reduziert werden darf. Denn es kann nicht angehen, dass geförderte Wohnungen vor allem von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Allbau gebaut werden, während private Investoren Hochrenditeobjekte bauen.

- Die Stadt Essen hat nur noch vergleichsweise wenige Flächen im kommunalen Eigentum. Der **Ausverkauf städtischer Flächen** muss **gestoppt** werden. Die Stadt braucht ein Konzept, städtische Flächen in Zukunft auf Erbpachtbasis zu vergeben, statt sie zu verkaufen – denn ein Verkauf ist endgültig und nimmt der Stadt Möglichkeiten der Einflussnahme auf spätere Entwicklungen.
- Eine Stadt ohne sichtbare Geschichte ist eine Stadt ohne Gesicht. Deshalb ist DIE LINKE für einen **besseren Umgang mit Denkmalschutz**. Zu oft wurden in Essen in der Vergangenheit Gebäude abgerissen, statt die Denkmalfähigkeit zu prüfen.
- Um das Stadtbild zu erhalten und kontrolliert zu entwickeln, sollte die Stadt stärker mit **Gestaltungssatzungen** arbeiten. Dazu gehört ebenso ein Hochhauskonzept.
- DIE LINKE ist für die Entwicklung guter Architektur und die Einrichtung eines **Gestaltungsbeirates** mit externen Sachverständigen, der wichtige, größere Bauprojekte begleitet.
- Die Stadt Essen braucht für die Gesamtstadt eine Strategie zur **Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen**. Mögliche Förderprogramme sollen hierzu stärker beworben werden.
- DIE LINKE ist ebenfalls für eine Ausweitung der Strategie zur **Förderung dezentraler Energieversorgung** durch Solaranlagen, Wärmepumpen und für die Ausweitung der Fernwärmeversorgung. Die gute Datenlage der Geodatenverwaltung von Stadt und RVR soll dazu stärker genutzt werden.

Für lebendige Stadtteile

DIE LINKE ist für lebendige Stadtteile. Sie müssen attraktiven Wohnraum bieten, die Gewerbemieten in den Stadtteilzentren müssen bezahlbar bleiben. Tatsächlich bestimmen Billigketten und Leerstand das Bild etlicher Stadtteilzentren in Essen. Die Stadt verwaltet diesen Missstand meist nur, anstatt dagegen anzugehen. Dabei ist der Masterplan Einzelhandel ein gutes Beispiel, dafür, wie es auch anders gehen kann und z.B. Discounter auf der grünen Wiese verhindert werden können. Zum Erhalt und zur Entwicklung der Stadtteilzentren reicht er jedoch oft nicht aus. Entwicklungskonzepte und ein gezieltes Quartiersmanagement können Abhilfe schaffen.

Projekte wie das Bund-Länder-Projekt Soziale Stadt, das in Stadtteilen wie Katernberg, Altendorf oder Altenessen-Süd positive Entwicklungen und die Vernetzung der Stadtteile gefördert haben, müssen weitergeführt werden.

Jeder Stadtteil Essens benötigt ein Stadtteilzentrum als zentralen Anlaufpunkt und Begegnungsstätte für die Bürger*innen. Hier können Bürger*innenversammlungen, Planungswerkstätten und andere Veranstaltungen stattfinden, sie können verbunden werden mit Stadtteilbibliotheken, Bürger*innenämtern und Beratungsstellen. Stadtteilzentren in kommunaler Trägerschaft sind ein Baustein einer lebendigen kommunalen Demokratie.

DIE LINKE ist für die Stärkung der Rechte und finanziellen Situation der Bezirksvertretungen und die Ausweitung ihrer Kompetenzen. Sie können die Verhältnisse vor Ort, in den Stadtteilen oft am besten einschätzen und brauchen Handlungsspielräume, vor allem durch einen auskömmlichen Bezirkshaushalt.

XX. Drogenpolitik: Für einen entspannten & sicheren Umgang

Wir als DIE LINKE Essen setzen uns für eine menschenwürdige Drogenpolitik ein, die wissenschaftlich, präventiv und glaubwürdig Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen Drogen leistet. Dies ist auch die Bedingung dafür, dass ein selbstverantwortlicher Umgang, also Drogenmündigkeit, mit Rauschmitteln entwickelt werden kann.

Letztlich schadet die Kriminalisierung mancher Drogen mehr als sie nützt: Die Kosten für die Strafverfolgung von Cannabiskonsum*innen und nicht eingenummerte Steuern werden von Ökonom*innen auf drei bis vier Milliarden Euro bundesweit geschätzt. Durch eine Legalisierung von Cannabis würden der Polizei- und Justizapparat massiv entlastet und der Schwarzmarkt größtenteils trockengelegt werden. Daher setzen wir uns auch auf Landes- und Bundesebene dafür ein, die kontrollierte Freigabe von Cannabis an Erwachsene gesetzlich zu ermöglichen und dies auch in Essen auf den Weg zu bringen.

Es gibt viele verschiedene Modelle für einen geregelten Umgang mit Cannabis. Welches dieser Modelle – ob als bekanntestes das niederländische Coffeeshop-Modell, die Abgabe von Hanf durch z.B. Apotheken oder das Modell der „Cannabis Social Clubs“ – das für Essen geeignetste ist, wird die Praxis im Rahmen eines Modellprojekts zeigen. Zumindest aber fordern wir die Möglichkeit eines eigenverantwortlichen Selbstanbaus von mindestens drei Cannabispflanzen für Erwachsene.

Wenn Drogenkonsum hingegen problematische Formen annimmt, muss schnell, unkompliziert und bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden können. Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und

niedrigschwellige therapeutische Hilfen. Denn wer süchtig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. In der Suchtpräventionspolitik wissen wir, dass es auch neue Herausforderungen gibt, denn Drogen sind nicht die einzigen Suchtmittel: Medikamente, aber auch Glücks- und elektronische Spiele können ebenfalls Suchtverhalten hervorrufen. Darum bedarf es ressortübergreifender Selbsthilfestrukturen, die verstärkt von allen Essener*innen genutzt werden können.

Wir wollen den Jugendschutz zudem zu einer zentralen Aufgabe machen und die Suchtprävention an Schulen und in öffentlichen Einrichtungen stärken. Dabei setzen wir auf bestehende Strukturen wie die Suchthilfe Essen. Es muss um jeden Preis vermieden werden, dass Menschen, die Hilfe benötigen, mit ihren Problemen allein ins Private gedrängt werden. Stattdessen muss es eine Selbstverständlichkeit und keine Schande sein, sich bei einer Sucht Hilfe zu suchen.

Klar ist: Die Kriminalisierung von Drogengebrauch verhindert Hilfe, treibt Betroffene in die Illegalität und bindet finanzielle und personelle Mittel. Stattdessen wollen wir als DIE LINKE Essen eine menschliche und vernünftige Politik in dieses Themenfeld einbringen.

Was tun?

- **Wissenschaft und Vernunft** statt Kriminalisierung und Fremdbestimmung.
- Ein **wissenschaftliches Modellprojekt** für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis in Essen auf den Weg bringen.
- **Öffentlich geförderte Suchtberatung**

in Essen finanziell besser absichern und niedrigschwellige präventive Beratung, Aufklärung und Hilfe bei problematischem Konsum stärken.

- Ein Wahlrecht für Betroffene zwischen **unterschiedlichen Hilfsangeboten**.

- **Stadtweites Werbeverbot** auf allen öffentlichen oder von der Stadt verwalteten bzw. ihr zuzurechnenden Flächen durchsetzen. Egal ob Tabak, Alkohol oder andere Drogen.

- Einrichtung und den Betrieb weiterer **Drogenkonsumräume**.

- **Aktionswoche gegen Alkohol** in Zu-

sammenarbeit von Stadt und Suchthilfe ausbauen.

- **Erhöhung der Automaten-Steuer** für Glücksspielautomaten und Verschärfung der Mindestabstandsregelung zur Minimierung des Angebots.

- **Kein Sponsoring und keine Werbung** von Firmen aus der Tabak-, Alkohol- oder Glücksspielbranche von städtischen Veranstaltungen.

- Stärkung der **Suchthilfe** auf den Straßen.

- Schaffung von neuen **Streetworker-Stellen** in der Suchthilfe.

XXI. Mobilität: Für eine echte Verkehrswende!

Essen ist vom Auto dominiert. Die Zahl der in Essen zugelassenen und auf den Straßen stehenden und fahrenden PKW steigt seit Jahren und das bei voranschreitender Klimakrise. Das ist der offensichtlichste Ausdruck einer falschen Verkehrspolitik auf kommunaler Ebene. Während in anderen Städten in Deutschland, Europa und der ganzen Welt der Anteil der mit dem PKW zurückgelegten Wege und Strecken zurückgeht, verharrt er in Essen auf sehr hohem Niveau.

Essener*innen, die Bus und Bahn nutzen, erfahren dort meist schlechte Taktungen, insbesondere in den Abendstunden und am frühen Morgen, regelmäßige Verspätungen und krass überbeuerte Ticketpreise. Damit zwingt die jetzige Verkehrspolitik die Essener*innen zum Autofahren und benachteiligt jene Essener*innen, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe – mit fatalen Konsequenzen: Abgas und Feinstaub

machen die Bürger krank (auch wenn sich die Werte zuletzt leicht verbessert haben). Für neue Parkplätze werden oft Grünanlagen zuasphaltiert. Noch immer gibt es viel zu wenige Stellplätze für gemeinsam genutzte Autos („Car Sharing“).

Die von der Stadt behauptete Absicht, an der Verkehrswende zu arbeiten, erweist sich angesichts einer weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr setzenden Politik als unglaublich. Seit Jahren ändert sich nichts an den miserablen Bedingungen des öffentlichen Personenverkehrs und auch nichts an den katastrophalen Bedingungen für Rad- und Fußverkehre. Der öffentliche Raum ist nach wie vor ein Gefangener von PKW und LKW. DIE LINKE Essen will das ändern.

Es ist Ausdruck sozialer und ökonomischer Fairness (und nicht nur ein Gebot der ökologischen Vernunft), wenn Busse und Bahnen für alle verfügbar und erschwinglich sind,

wenn Rad- und Fußverkehre konsequent gefördert werden und wenn PKW und LKW angemessen an den von ihnen verursachten Kosten beteiligt werden. Die Sorge vor flächendeckenden Fahrverboten ist vorerst vom Tisch, aber das bedeutet überhaupt nicht, dass irgendein Problem gelöst wäre. Die ökologischen Schäden durch den fortgesetzten PKW- und LKW-Verkehr sind nach wie vor riesig, die gesundheitlichen Schäden gerade für die sowieso am stärksten benachteiligten Menschen in der Stadt nicht hinnehmbar. DIE LINKE Essen tritt dafür ein, dass 30 km/h zur Regelgeschwindigkeit wird. Nur auf besonders leistungsstarken Straßen, wo die Gefährdung von Menschen (weitestgehend) ausgeschlossen werden kann, sollen noch 50 km/h erlaubt sein.

Die Kosten des motorisierten Verkehrs sind immens. Der größte Teil der von PKW und LKW verursachten Kosten werden nicht von den Verursacher*innen bezahlt, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen. Gerade auf kommunaler Ebene werden regelmäßig bis zu über 80% der Kosten des PKW-Verkehrs nicht von den Halter*innen und Fahrer*innen, sondern von allen Menschen in der Stadt bezahlt. Das muss sich ändern! Vor allem aber der LKW-Verkehr verursacht ganz erhebliche Kosten, die nirgends abgebildet sind. Über das besonders hohe Gewicht der LKW (auch der vielen kleinen LKW) entstehen vor allem Schäden an der Infrastruktur, die mit kommunalen Mitteln beseitigt werden müssen.

DIE LINKE Essen tritt deshalb dafür ein, dass die Kosten von den Verursacher*innen getragen werden. Das bedeutet z.B., dass die öffentlichen Straßenräume bewirtschaftet werden müssen. Diejenigen, die in den Quartieren leben, sollen auch weiterhin die Möglichkeit haben, ihren PKW dort abzustellen - gegen eine angemessene Beteiligung an den Infrastruktur- und Instand-

haltungskosten. Diejenigen, die dort nicht leben, sondern bisher ihren PKW kostenlos oder gegen ein geringes Entgelt abstellen, sollen dafür künftig flächendeckend kostenadäquat zahlen müssen. Damit soll ein Signal gesendet werden, dass Mobilität vernünftiger und fairer ist mit dem Umweltverbund (also mit Bussen und Bahnen, dem Rad oder zu Fuß). Fair ist das jedoch nur, wenn ebendieser Umweltverbund auf kommunaler Ebene höchste Priorität genießt und gerade für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen bezahlbar ist.

In Essen geraten immer mehr die Liefer- und sonstigen Güterverkehre auf der Straße zu einem Problem. Immer mehr große und kleine LKW fahren durch die Stadt und gefährden Menschen, zerstören Natur und Infrastruktur. Auf den Kosten bleibt die Kommune sitzen. DIE LINKE Essen tritt deshalb ein für eine Güterverkehrswende, also, stärker noch als beim Personenverkehr, für Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung. Wo immer möglich, sollen Güterverkehre vermieden werden, z.B. über intelligente Systeme, mit denen es gelingen kann, deutlich effizienter mit den verfügbaren Ressourcen umzugehen. Auch Abkürzungs- und Umgehungsverkehre sollen konsequent unterbunden werden, z.B. über eine kommunale LKW-Maut. Wo Güterverkehre sich nicht vermeiden lassen, sollen sie ökologisch so verträglich wie möglich stattfinden, also z.B. mit elektrisch betriebenen Fahrzeugen. Für die „letzte Meile“ können und sollen Lastenräder benutzt werden. Selbst Lasten-Straßenbahnen könnten eingesetzt werden. Oft fahren Transporter unterschiedlicher Paketdienstleister durch dieselben Straßen. Hier könnten Logistikunterverteiltzentren vor den Toren der Stadt helfen, Geld zu sparen und Menschen, Natur und Infrastruktur zu entlasten.

Wir wollen ein Essen, in dem unsere Straßenbahnen und Busse nicht nur pünktlich

und regelmäßig kommen, sondern auch zum Nulltarif benutzbar sind! Schritte dahin könnten ein 365 Euro-Ticket (im Jahr) oder eine Umlagefinanzierung des ÖPNV sein. Wir wollen ein Essen, in dem Bus und Bahn ausgebaut statt totgespart werden! DIE LINKE Essen tritt für eine echte Verkehrswende ein, eine Verkehrswende, die diesen Namen verdient. Wir wollen unsere Stadt zurückhaben, wir wollen attraktive Plätze, Räume und Straßen, die von allen gefahrlos genutzt werden können – vor allem von Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Menschen mit Behinderung.

Wir treten ein für einen substanziiell verbesserten öffentlichen Nahverkehr, also für bessere Bus- und Bahnverbindungen auf kommunaler (und auch auf regionaler) Ebene. Die Ruhrbahn hat die dafür erforderlichen Mittel zu erhalten. Wir fordern einen 5-Minuten-Takt auf allen zentralen Achsen – mindestens zu den Hauptverkehrszeiten. Wir fordern einen 10-Minuten-Takt auf allen Linien – flächendeckend und während des ganzen Tages, also auch am frühen Morgen und dem späten Abend.

Um die öffentlichen Verkehre attraktiver zu machen, ist aber nicht nur ein deutlich dichter Takt notwendig, sondern auch ein erheblicher Ausbau der Infrastruktur mit mehr Stadt- und Straßenbahnen, auch in den Randgebieten, mit neuen Linien, die auch die Stadtteile direkt miteinander verbinden. Auf lange Sicht sind für den öffentlichen Verkehr die Räume zu schaffen, die er braucht, um störungsfrei zu funktionieren. Straßen sind daher so zu gestalten, dass Stadt- und Straßenbahnen auf eigenen Gleiskörpern fahren und nicht mit PKW und LKW im Stau stehen. An Kreuzungen sind Ampelvorrangschaltungen konsequent zu installieren und zu nutzen, so dass die Ampel für die Straßenbahn auf grün schaltet, wenn sie sich der Kreuzung nähert. Für Busse sind Busspuren einzurichten, damit

sie am Stau vorbeifahren können. Um die Verkehrssicherheit von Radfahrenden im Stadtgebiet zu verbessern, fordert die Linke als Sofortmaßnahme ein Rechtsabbiegeverbot für Lkw über 7,5t ohne elektronische Abbiegeassistenten, wie es auch von der Stadt Wien beschlossen wurde. Mit diesem Verbot soll ausgeschlossen werden, dass es beim Rechtsabbiegen der Lkw zu oft tödlich verlaufenden Unfällen mit Radfahrenden kommt.

Zusätzlich zum ÖPNV ist eine Förderung des Fahrradverkehrs mehr als positiv für Umwelt und Stadtbild. Laut Umweltbundesamt könnten 30% des aktuellen Autoverkehrs durch das Rad ersetzt werden. Dafür sind allerdings sichere und umfangreiche Radwege notwendig sowie ein erweiterter Schutz der Radfahrer. Wir brauchen sehr viel mehr Radwege, die als Alltagswege geeignet sind, also nicht nur „schöne Freizeitwege“, sondern auch Arbeitswege. Diese Radwege sind maximal attraktiv zu gestalten, damit sie wirklich einladen, sich mit dem Fahrrad durch die Stadt zu bewegen.

Um dies zu ermöglichen, müssen die Pro-Kopf-Ausgaben für den Radverkehr deutlich über die lächerlichen 1,20 Euro hinausgehen, die zurzeit von der Stadt veranschlagt werden. Der ADFC fordert mindestens 30 Euro pro Kopf pro Jahr. Als Vorbild muss Utrecht mit über 130 Euro pro Kopf, wenn nicht Kopenhagen mit etwa 250 Euro pro Kopf jährlich gelten.

Vor allem aber brauchen wir attraktive Wege für Fußgänger*innen, die heute noch die am stärksten diskriminierte Gruppe im Verkehr sind. Zunächst müssen sämtliche Gehwege konsequent von Autos freigehalten werden. Autos, die auf Gehwegen widerrechtlich abgestellt werden, sollen sehr viel leichter entfernt werden können, als dies heute der Fall ist. Die neuen Mög-

lichkeiten der Straßenverkehrsordnung sind konsequent anzuwenden. Aber auch die teilweise vorhandene Konkurrenz zwischen Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen muss aus Gründen der Sicherheit aufgehoben werden. Ampelschaltungen sind an den schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen zu orientieren, also an den Fußgänger*innen, speziell solchen mit Mobilitäts-einschränkungen.

E-Mobilität sollte zweitrangig sein, denn diese Technologie verbraucht viele seltene Erden und behebt Probleme wie Bodenversiegelung oder das hohe Verkehrsaufkommen nicht. E-Mobilität verschiebt den Ausstoß der Emissionen lediglich von Europa hin zu den Produktionsländern, löst also das Problem nicht. Die Lösung kann also nicht in der Förderung der E-Mobilität liegen, sondern in der Förderung von Bus, Bahn und Fahrradverkehr – die Straßenbahn ist schon seit über 100 Jahren elektrisch mobil!

Hinzu kommt das Problem, dass E-Mobilität die Ressource Raum in der Stadt weiter verknappt. So werden E-Tretroller häufig unerlaubterweise auf Gehwegen gefahren und unkontrolliert im Stadtgebiet abgestellt. Indem sie die Wege von Radfahrenden, Fußgänger*innen, Rollator- und Rollstuhlfahrer*innen blockieren, gefährden sie auch die Verkehrssicherheit. DIE LINKE Essen fordert daher, die Anzahl von E-Tretrollern im Stadtgebiet zu begrenzen und das vorschriftsmäßige Abstellen der Roller zu kontrollieren.

Auch sieht es DIE LINKE kritisch, dass immer mehr Parkplätze mit Ladesäulen für E-Autos eingerichtet werden. Damit wird privaten Investo*innen knapper öffentlicher Verkehrsraum zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Die Parkplätze mit Ladesäulen verengen nicht nur die Gehwegbreite und bevorzugen Besitzer*innen von E-Autos. Letztere werden damit auch nicht zum Umstieg auf den ÖPNV oder das Rad

animiert. Das Argument, dass die emissionsarmen/-freien Fahrzeuge die Luftqualität in der Stadt verbessern helfen, ist insofern nicht stichhaltig, da die Ladeenergie ja anderenorts Emissionen produziert, das Problem also nur verlagert wird.

Auch wird der Verkehrsraum anderweitiger Nutzung entzogen, bspw. für die Einrichtung von Radabstellplätzen, Sitzgelegenheit, Begrünung, etc. Die Kabel der Ladesäulen können außerdem für andere Verkehrsteilnehmer zur Stolperfalle werden. DIE LINKE Essen fordert daher, die Nachverdichtung der E-Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet streng zu begrenzen. Neue auszuweisende Standorte sollten auf alternative Nutzungsmöglichkeiten überprüft werden. Eine Nutzung der Flächen für Einrichtungen des ÖPNV oder des Radverkehrs sollten Vorrang haben.

Als langfristiges Ziel sind Busse und Bahnen von allen Menschen entgeltfrei zu nutzen („zum Nulltarif“). In der Vergangenheit sind die Kosten für den ÖPNV überdurchschnittlich stark gestiegen – auch weil die kommunalen Kassen entlastet werden sollten. Das ist aber eine falsche Rechnung, weil sich so die Kosten für die Verkehrsinfrastruktur durch die Hintertür vervielfachen – eben weil damit ein Impuls zu noch mehr PKW-Verkehr gesetzt wird – zum Nachteil der Haushalte und der großen Mehrheit der hier lebenden Menschen.

Was tun?

■ **Verkehrswende durchsetzen!** Mobilität ist eine Voraussetzung für Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Also den ÖPNV ausbauen, die viel zu hohen Fahrpreise schrittweise senken und auf mittlere Frist einen Nulltarif einführen, damit Busse und Bahnen für alle Menschen attraktiv sind.

■ Im ersten Schritt für Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Senior*innen

und Frührentner*innen den **fahrscheinlosen Nahverkehr** („Nulltarif“) einführen!

■ **Ausbau neuer Straßenbahnlinien;** nach dem Bau der Ost-West-Tangente am Hauptbahnhof müssen das Quartier Essen51, das RWE-Stadion, das Entwicklungsgebiet Emscher Freiheit bis zum Stadtzentrum Bottrop und im Süden die Karstadt-Hauptverwaltung angebunden werden.

■ **24-Stunden-Betrieb** bzw. Ausbau des Nachtexpresses zu einem Netz, das den Namen verdient und in einem ca. 20-minütigen Rhythmus fährt.

■ **Verdichtung der Taktzeiten**, zumindest in den Hauptverkehrszeiten muss auf den Hauptlinien ein 5-Minuten-Takt gewährleistet sein.

■ **Bessere Arbeitsbedingungen** und bessere Entlohnung für Busfahrer*innen, da ein funktionierender ÖPNV nur mit ausreichend und auch zufriedenem Personal funktionieren kann.

■ **Ausbau der Fahrradwege** mit einer Regelbreite 2,00 m (bei geringer Radverkehrsstärke 1,60 m).

■ **Schutz der Fahrradfahrer*innen** durch Abschirmen der Fahrradwege von den Straßen (z.B. durch Poller).

■ **Ausweitung und Verbindung der Fahrradtrassen.**

■ Ausweisung von weiteren **Fahrradstraßen**. Insbesondere schnelle Umsetzung der Fahrradstraßenachse A als sichere Ost-West-Route (von Frohnhausen in das Südviertel).

■ Massive Ausweitung der **Abstellmöglichkeiten** für Fahrräder (Fahrrad-Parkhäuser).

■ Förderung der **Anschaffung von Lastenrädern** für Gewerbe, Vereine und Hausgemeinschaften, wie bereits in Köln geschehen.

■ Mehr **Stellplätze** für **gemeinsam genutzte Autos** (Car Sharing) zu Lasten von bereits bestehenden „gewöhnlichen“ PKW-Stellplätzen.

■ Ausweitung der **Parkraumbewirtschaftung** auf bisher nicht bewirtschaftete Flächen, gleichzeitig schrittweiser Rückbau von PKW-Stellplätzen im öffentlichen Raum, vor allem in der Innenstadt.

■ Kostenadäquate Beteiligung der PKW und LKW an den **Infrastrukturaufwendungen**.

■ Verwendung der Mehreinnahmen zum **Ausbau des Umweltverbundes** und der Schaffung von attraktiven Stadträumen!

■ 30 km/h als **Regelgeschwindigkeit**.

■ Gehwege konsequent von Autos freihalten und generell **besserer Schutz für Fußgänger*innen!**

■ **Längere Grünphasen** an den Ampeln für Fußgänger*innen, Bordsteinabsenkung für Menschen mit Einschränkungen der Beweglichkeit.

■ **Anzahl der E-Tretroller begrenzen.**

■ Ausweisung weiterer **E-Ladeinfrastruktur kritisch begleiten**.

■ DIE LINKE setzt sich für die **korrekte Durchsetzung** der novellierten **Straßenverkehrsordnung** ein z.B. bei Parkabständen zu Kreuzungen, wobei wir den Schutz von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen im Fokus nehmen.

XXII. Wirtschaft: Menschen vor Profite

Die Abschaffung von Armut und Ausbeutung, die Rettung der Welt vor der Klimakatastrophe sind in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich. Essen muss neue Wege gehen. Nicht Geld und Profit dürfen vorgeben, wie sich die Stadt entwickeln soll, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Das Ruhrgebiet wird schon lange benachteiligt, der Strukturwandel hat hier tausende von Arbeitsplätzen vernichtet.

Die Mehrheit der kommunalen Mandatsträger*innen hatte noch nie die Idee, diese Entwicklung zu verhindern. Entsprechend gab es keine wirkliche Maßnahme gegen die Verödung der Innenstädte von Dortmund über Essen bis Duisburg. Über Jahrzehnte hinweg predigte man gerade in Essen ein kleingeistiges und provinzielles „Weiter so“. Was war oder ist Essen nicht schon alles: „Einkaufsstadt“, „Kulturhauptstadt“, „Grüne Hauptstadt“, außerdem „Medienstadt“, „Medizinstadt“, „Karnevalshochburg“ oder „Sporthauptstadt“. Verirrungen, wie die letztere führen dann zum dritten oder vierten Versuch, „Olympiastadt“ zu werden. DIE LINKE Essen ist gegen eine Politik, welche die Stadt als Marke verkauft.

Die wesentlichen Ursachen dafür liegen in einer kapitaldominierten Wirtschafts- und Standortpolitik, die in vielen Kommunen und Regionen mit wachsender Massenarbeitslosigkeit verbunden war und ist. Nicht nur die Abwicklung des Bergbaus oder der Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie, sondern auch die Schließung oder Teilschließung von Unternehmen wie Widia oder Opel in Bochum, Pleite von Galeria Karstadt Kaufhof oder groß dimensionierte Massenentlassungen in jüngster Zeit bei ThyssenKrupp und Siemens haben tiefe Spuren hinterlassen. Sie sind insbesondere damit verbunden, dass die sozialen Kosten

bei uns in der Stadt verbleiben. Die Ausrichtung auf Markt, Wachstum und Wettbewerb hat zur Verödung ganzer Regionen beigetragen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die wir wollen, ist sozial, demokratisch und anti-kapitalistisch. Die Transformation der Gesellschaft kann in Essen tausende neue und gut bezahlte Jobs schaffen und das Leben von hunderrtausenden Menschen verbessern. Die Stadt Essen muss die Essener Arbeits-Beschäftigungsgesellschaft mbH (EABG) und andere Beschäftigungsträger zur Kofinanzierung des Teilhabechancengesetzes und weiterer Beschäftigungsprogramme für langzeitarbeitslose Menschen unterstützen.

Städtische Eigenbetriebe, öffentliche und genossenschaftliche Betriebe sollen dabei gefördert und dazu angeregt werden, klimaneutral und umweltfreundlich zu wirtschaften. Wirtschaftsförderung geht nur an solche Betriebe. Den Mitarbeiter*innen der städtischen Unternehmen ist ein massives Mitspracherecht bei der Gestaltung der Betriebe zu geben. Wir fordern, dass auch die Tochtergesellschaften keine sachgrundlosen Befristungen mehr vornehmen.

Konzerne denen, die in ihnen arbeiten!

Als DIE LINKE Essen streben wir den Ausbau nach dem Mondragon/Preston Modell an: Die Schaffung von lokalen Genossenschaften, die miteinander kooperieren und so auch hochwertige Industrie- und Dienstleistungsjobs schaffen, muss im Fokus stehen. Die baskische Stadt Mondragon, die englische Stadt Preston sowie die amerikanische Stadt Cleveland haben so ihre post-industrielle Wirtschaft wieder auf-

blühen lassen. In diesen Genossenschaften ist der Lohn deutlich überdurchschnittlich, die Arbeiter*innen des Betriebs bestimmen über die Art der Produktion, Investition und Entwicklung des Betriebs. Die Chefetagen verdienen maximal das Sechsfache der untersten Lohngruppe im Unternehmen. Geraten einzelne Teile der Gruppe in finanzielle Probleme, helfen die anderen Genossenschaftsteile aus. Damit können wir als Stadt und Gesellschaft konkret dabei helfen, regionale, demokratische und ökologische Wirtschaftsstrukturen aufzubauen! Ob Solargenossenschaften, Metallverarbeitung oder Landwirtschaftsbetriebe!

Als DIE LINKE Essen stimmen wir seit Jahren als einzige Partei gegen verkaufsoffene Sonntage und stehen damit als Einzige an der Seite der Gewerkschaften, der Kirchen und der Beschäftigten. Der Sonntag ist für die vielen zehntausend Menschen in Essen, die im Einzelhandel arbeiten, der einzige garantierte freie Tag. Die Öffnung eines weiteren Tages bedeutet lediglich mehr Arbeitsstunden ohne Personalausgleich bei gleichbleibendem Umsatz. Auch das Argument, inhaber*innengeführte Geschäfte würden dies benötigen, halten wir für eine falsche Behauptung. Der Großteil der Geschäfte, die sonntags öffnen, gehören zu Großunternehmen oder sind Filialen von Ketten.

Was tun?

- Eine alternative und ökologische **Ökonomie**.
- Neue und gut bezahlte Jobs durch **Transformation der Gesellschaft**.
- Am Gemeinwohl orientierte **öffentliche Betriebe**.
- **Priorisierung von Eigenbetrieben** vor ausgegliederten GmbHs.

- Eine deutliche Ausweitung und Förderung von **genossenschaftlichen Betrieben**.
- Eine **Entschuldung der Kommunen** durch Übernahme der Altschulden und Kassenkredite, z.B. nach dem Vorbild Hessens und der Hessenkasse.
- Eine **Gemeindefinanzierungssteuer**.
- **Rekommunalisierung** aller dafür in Frage kommenden Betriebe.
- Flächendeckende **Einführung von Tariflöhnen**.
- **30 Stundenwoche** im öffentlichen Dienst und dann überall.
- **13 Euro Mindestlohn** im öffentlichen Dienst und den städtischen Tochtergesellschaften.
- **Ausweitung wirtschaftlicher Betätigung** kommunaler Betriebe.
- **Keine verkaufsoffenen Sonntage** – der Sonntag gehört Familien und Freund*innen.

XXIII. Wohnen: Mit der Marktlogik brechen!

Auch in Essen steigen die Mieten seit Jahren stark an. Allein in den Jahren 2016 bis 2018 betrug die durchschnittliche Mietsteigerung im Bestand nach Zahlen der NRW-Bank 8,2% (nettokalt). Die Zahl der preisgünstigen Wohnungen geht laufend zurück und ist inzwischen so knapp, dass ein wachsender Teil der Essener Bevölkerung sich nicht mehr angemessen mit Wohnraum versorgen kann.

Zu dieser Entwicklung haben verschiedene Aspekte beigetragen. Zum einen sind es die von den verschiedenen Regierungen vorgenommenen Verkäufe ehemals öffentlicher Wohnungen. Die schon vorher stattgefundenen Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit folgte den Verwertungsinteressen der großen Unternehmen. Gemeinsam mit dem Auftauchen großer renditegetriebener Unternehmen hat sich in den letzten ca. 20 Jahren die Finanzialisierung der Wohnungsmärkte durchgesetzt.

Wohnungen sind noch mehr als je zuvor ein Mittel zur Gewinnerwirtschaftung. Allein Vonovia (das Unternehmen, das zuletzt aus der Fusion von Deutscher Annington und Gagfah hervorgegangen ist) verfügt über mehr als 400.000 Wohnungen, viele davon in Nordrhein-Westfalen und auch etliche in Essen. Der größere Teil des Wohnungsbestands befand sich ursprünglich in öffentlichem Eigentum oder war Teil der gerade im Ruhrgebiet wichtigen unternehmensverbundenen Wohnungen der großen Traditionsunternehmen. Dies trug über Jahrzehnte zu einer einigermaßen stabilen Wohnraumversorgung bei irgendwie bezahlbaren Preisen bei.

Gerade eben erst hat Vonovia den aktuellen Geschäftsbericht vorgelegt und mit Stolz einen Milliarden Gewinn verkündet. Das mag die Aktionäre freuen, bestimmt nicht

die Mieter*innen. Dass sich Vonovia nicht schämt, einen Gewinn aus den Nebenkosten zu kommunizieren, zeigt, wie unverfroren Wohnungsunternehmen heute sein dürfen, ohne dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Denn tatsächlich dürfen aus der Abrechnung der Nebenkosten keine Gewinne gemacht werden. Der Verdacht illegalen, also kriminellen Handelns auf Kosten der Mieter*innen ist begründet.

Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung haben aber längst aufgegeben, eigene Akzente in der Wohnungspolitik zu setzen. Sie vertrauen vollständig auf den Markt, der schon in der Lage sei, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Jüngst sei es ja auch ohne festgeschriebene „Sozialwohnungsquote“ gelungen, die Investor*innen davon zu überzeugen, bis zu 30% der neu geschaffenen Wohnungen mietpreisbegünstigt zu bauen.

Aber dem Markt ist die Formel „bezahlbarer Wohnraum“ gänzlich fremd, die einzige Kategorie, die er denken kann, lautet „gewinnbringende Projekte“. Wenn also irgendein privater Investor in Essen Wohnungen bauen lässt, dann ausschließlich, weil er damit eine Rendite zu kassieren hofft, die seinen Geschäftsinteressen genügt. Viele der neu geschaffenen Wohnungen im Essener Süden sind Eigentumswohnungen, die für die weitaus größte Mehrheit der in Essen lebenden Menschen vollkommen unfinanzierbar sind – bei einem Quadratmeterpreis von inzwischen eher über als unter 4.000 Euro kann das nicht wundern. Die wenigen neu gebauten Mietwohnungen sind aber genauso unerschwinglich, werden doch regelmäßig Nettokaltmieten von mehr als 10-12 Euro pro Quadratmeter aufgerufen.

Die neu gebauten Wohnungen werden marktlogisch errichtet und das bedeutet,

dass sie nichts an der Wohnungsnot im preisgünstigen Segment ändern. Keine einzige in Rüttenscheid neu entstehende Wohnung schafft Wohnraum für Menschen, die nicht mehr als fünf oder sechs Euro pro Quadratmeter zahlen können.

Die Erzählung, dass in jede neu errichtete Wohnung jemand zieht, der eine günstigere Wohnung frei macht, in die dann jemand ziehen kann, der bisher womöglich noch günstiger gewohnt hat und so weiter (sog. Trickle-Down-Effekt), konnte bisher an der Wirklichkeit nicht gemessen werden. Und tatsächlich bleibt es rätselhaft, wieso unter den gegebenen Bedingungen es dazu kommen sollte. In Wirklichkeit ist jeder Umzug mit höheren Kosten verbunden, weil bei einem Mieter*innenwechsel regelmäßig Mietanpassungen vorgenommen werden, also Mieterhöhungen, die in der Regel die „Zahlungsbereitschaft des Marktes“ abgreifen. Das ist eine kalte Formulierung für zum Teil drastische Mieterhöhungen.

Aus dieser Beschreibung würden marktgläubige Menschen ableiten, dass gerade deshalb noch mehr Wohnungen neu gebaut werden müssten, damit die Knappheit überwunden werden kann. Aber auch das ist ein Irrglaube, denn Knappheit ist die Voraussetzung für Markt. Jede Knappheit kann nur vorübergehend überwunden werden, der Markt stellt sie sogleich wieder her. Denn ein Gut, das nicht knapp, also frei verfügbar ist, hat keinen Preis.

DIE LINKE Essen fordert daher einen Mietendeckel, der gerade bei Neuvermietungen effektiv wirkt. Die Mietpreisbremse allein hat sich bisher nicht bewährt, sie bleibt ein stumpfes Schwert.

Weil aber der Markt systematisch die Fehlentwicklung hervorbringt, die uns mit den bekannten Problemen der Wohnraumversorgung konfrontiert, gehen wir noch

weiter. DIE LINKE Essen tritt ein für eine kommunale Wohnungspolitik, nicht für eine kommunale Wohnungsmarktpolitik. Die Milliardenbeträge, die das Land zur Wohnraumförderung bereitstellt, gehen an die Wohnungsunternehmen, die sich für eine bestimmte Zeit (von z.B. zwei Jahrzehnten) verpflichten, eine so geförderte Wohnung zu einem festgelegten Mietpreis für Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein anzubieten. In Essen, das der höchsten Regelstufe (M4) angehört, beträgt die sog. Bewilligungsmiete 6,20 Euro bzw. 7,00 Euro nettokalt je Quadratmeter. Selbst das ist für viele Menschen in Essen schon zu viel. Nach der Mietpreisbindung dürfen die Wohnungsunternehmen sowieso den normalen Marktpreis kassieren. Letztlich handelt es sich um die Privatisierung von steuerfinanziertem öffentlichem Vermögen.

Es geht also nicht um die schlichte Losung, dass mehr Wohnungen gebaut werden müssen. Das nutzt nur den üblichen Profiteuren. Es geht um die Schaffung von günstigen Wohnungen jenseits des Marktes. Wir werden mit der Marktlogik brechen: Soziales Wohnen muss gegen private Verwertungsmechanismen durchgesetzt werden. Zurzeit werden Wohnungen meist nicht fürs Wohnen, sondern für die Rendite gebaut. In einer sozialen Stadt wollen wir diesen Mechanismus umkehren: Welche Wohnungen werden zu welchen Preisen gebraucht? Soziale Wohnungsversorgung ist gemeinnützig und als Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge eine wichtige kommunale Aufgabe.

Deshalb tritt DIE LINKE Essen vehement für die Stärkung einer Wohnungspolitik ein, die den Markt hinter sich lässt. Das kommunale Wohnungsunternehmen und die Genossenschaften sollen gestärkt, ihr nicht auf Rendite zielendes Konzept unterstützt werden. Zwar kann die Wohnungsgemeinnützigkeit auf kommunaler Ebene nicht

wieder eingeführt werden, aber die Stadt soll ganz entschieden solche Akteur*innen fördern, deren Interesse der Bereitstellung von gutem und bezahlbarem Wohnraum ist. Dazu zählen auch Baugruppen oder andere Formen selbst organisierten und selbst verwalteten Wohnens.

DIE LINKE Essen steht der Auffassung kritisch gegenüber, dass wir neue Wohnungen in neuen Häusern brauchen, um die bestehende Knappheit zu überwinden. Neue Häuser werden in der Regel auf noch nicht bebauten Grundstücken errichtet. Das heißt, dass wir immer einen Konflikt zwischen dem Erhalt eines für die Nachbar*innen, vielleicht sogar für die Stadt insgesamt womöglich wertvollen Frei- oder Grünraums und den neuen Wohnungen haben. Dieser Konflikt ist ernst zu nehmen. Solange mit dem Bau neuer Gebäude Gewinn gemacht wird, der an die Unternehmen fließt, die hier aktiv sind, ist der Forderung nach mehr neuen Wohnungen grundsätzlich mit Skepsis zu begegnen.

Auch die einfache und weithin anerkannte Lösung „innen vor außen“ ist in Wirklichkeit komplexer als sie vordergründig scheint. Gerade in den sowieso schon hochverdichteten Innengebieten ist jede weitere Nachverdichtung eine erhebliche Belastung für die Menschen und führt zu einer weiteren Verschärfung der Auswirkungen des Klimawandels im Mikroklima. Die Außenbezirke dagegen sind noch immer von einer sehr geringen Baudichte und einer hohen Durchgrünung geprägt. Hier behutsam nachzverdichten ist baurechtlich ebenso möglich und sollte favorisiert werden. Dabei geht es nicht um Außenbereiche im Sinne des Baugesetzbuches, sondern um Flächen im allgemeinen Siedlungsbereich.

Jede neue Wohnung muss im Sinne der integrierten Stadtentwicklungspolitik einhergehen mit einem Verkehrs- und

Infrastrukturkonzept, um die entstehenden Belastungen so gering wie möglich zu halten. Wie in Wien soll es Stadterweiterungen nur noch geben, wenn der Anschluss an das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel gewährleistet ist, sonst trägt jede neue Wohnung zu einer weiteren Erhöhung des PKW-Bestands und einer Verschlechterung des Modalsplit bei.

Um auf gegebenem Boden, der sich nicht vermehren lässt, möglichst hohe Wohn- und Nutzungsqualitäten zu erzielen, ist immer darüber nachzudenken, wie sich dies herstellen lässt. Investor*innen tun das nicht, sie fragen allein danach, wie sie auf gegebenem Boden ihren Gewinn maximieren können. DIE LINKE Essen tritt aber entschieden für einen Paradigmenwechsel ein: Wohnen für alle! Noch mehr: Schönes und gesundes Wohnen für alle!

DIE LINKE Essen tritt ein für eine kommunale Wohnungspolitik, die eingebunden ist in eine regionale Bauland- und Siedlungspolitik. In Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen und dem RVR ist an der Schaffung bzw. Weiterentwicklung entsprechender Pläne und Maßnahmen zu arbeiten.

Was tun?

- **Neuen Wohnraum schaffen**, dabei öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnraum vorziehen.
- **Selbstorganisiertes Wohnen** und alternative Wohnprojekte fördern.
- Anpassung der „Kosten der Unterkunft“ auf das Niveau des sogenannten **sozialen Wohnungsbaus**.
- Überführung des Allbau in ein strikt den **Mieter*innen-Interessen** verpflichtetes

Unternehmen. Der im Unternehmen erwirtschaftete Überschuss, der immer begründungspflichtig bleibt, muss im Unternehmen bleiben, um preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.

- Deckelung der Mieten, Unterstützung der Schaffung eines **Mietendeckels** auf Landesebene.

- **Beschlagnahmung und Enteignung** von spekulativ leerstehenden Wohnungen.

- **Schaffung eines Leerstands- und Baulückenkatasters** als Voraussetzung einer verträglichen Innenverdichtung.

- Einführung von **Milieuschutz-, Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen**.

- **Kein Verkauf von öffentlichen Grundstücken an Private**; Überlassung nur noch in Erbpacht.

- Einführung einer **Sozialwohnungs-Mindestquote von 50%** bei Neubauten.

- Schaffung und Entwicklung einer regionalen **Bauland- und Siedlungspolitik**.

- Strikte Einhaltung der Regeln integrierter **Stadtentwicklungsplanung**.

XXIV. Finanzen: Solidarität statt Kapitalismus!

Essen ist mit rund zwei Milliarden Euro Kassenkrediten dramatisch überschuldet. Das liegt vor allem an der hohen Arbeitslosigkeit und der strukturellen Unterfinanzierung durch Land und Bund. Diese haben immer mehr Aufgaben an die Stadt Essen übertragen, ohne diese ausreichend zu finanzieren. Auch die steigenden Ausgaben im Sozialbereich werden nicht ausreichend gegenfinanziert. So beteiligt sich der Bund nur mit 49% an den Kosten der Unterkunft und das Land weigert sich die volle Pauschale des Bundes für die Unterbringung von Geflüchteten an die Kommunen weiterzureichen. Das sind nur zwei Beispiele unter vielen.

DIE LINKE Essen fordert deshalb einen Altschuldenfonds. Gemeint ist ein gemeinsamer Finanztopf von Bund, Land und Kommunen. Die Rahmenbedingungen sind jetzt günstig, weil die Zinsen noch niedrig sind. Zwar hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz angekündigt, dass der Bund bereit wäre, die Hälfte aller kommunalen Kredite zu übernehmen. Aus NRW-Sicht fehlt aber nicht nur ein Konzept dazu, sondern auch

belastbare und konkrete Aussagen, wie und mit welchen Mitteln sich das Land einbringen will. Ein starkes Signal aus NRW ist aber nötig, damit die Verhandlungen auf Bundesebene zum Erfolg führen und ein nationaler Konsens für eine Altschuldenlösung gelingt. Wir fordern die Landesregierung auf, dieses Konzept endlich vorzulegen.

Nur durch eine Entschuldung wäre Essen wieder in der Lage, Haushaltsüberschüsse für notwendige Investitionen und Sozialleistungen zu nutzen, statt sie im Haushaltsloch zu versenken. Ein weiterer Grund für die hohe Überschuldung sind die niedrigen Steuereinnahmen. Die Steuerquote beträgt in Essen nur 30%, im Bundesdurchschnitt sind es 35-40%. Der Hebesatz der Grundsteuer B, der arm und reich gleichermaßen trifft (jedenfalls solange die Grundsteuer noch über die Nebenkosten auf die Mieter*innen umgelegt werden darf, was wir abschaffen wollen), ist mit 670 Punkten sehr hoch angesetzt. Im Vergleich dazu werden die leistungsfähigen Gewerbetreibenden – und vor allem die großen Konzer-

ne – beim Gewerbesteuerhebesatz von 480 Punkten geschont.

Deshalb ist DIE LINKE Essen für eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes. Denn die Wirtschaftsunternehmen profitieren von der Infrastruktur. Diese ist für die Unternehmen bei ihren Standortentscheidungen wichtiger als die Höhe der Gewerbesteuer. Sie interessiert z.B., ob sie für ihre Beschäftigten ein attraktives Umfeld vorfinden. Selbst wenn es zu einer Entschuldung der Stadt Essen kommt: Solange das Konnexitätsprinzip nicht konsequent umgesetzt wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Verschuldungsfalle wieder zuschlägt. Bund und Land müssen die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen, sobald sie Aufgaben an die Stadt übertragen. Wir fordern insbesondere u.a. die volle Übernahme der Kosten der Unterkunft.

Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit. DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte sowie die Mittelschicht entlastet

und das Geld von den extrem Reichen holt. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerdiebstahl können bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst und direkt besteuert werden – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese Steuer brächte den Kommunen 25 Milliarden Euro im Jahr ein. Wir fordern, dass die Stadt Essen eine Kulturförderabgabe in Höhe von fünf Prozent auf die privaten Übernachtungskosten in Hotels, Pensionen sowie privaten Übernachtungsmöglichkeiten wie airbnb und Ferienwohnungen einführt. Diese Abgabe wird von privaten Übernachtungsgästen entrichtet. Die erwarteten Mehreinnahmen von rund 1,2 Millionen Euro sollen für die Förderung der freien Kulturszene eingesetzt werden.

Wann, wenn nicht jetzt?

Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen arm sind. Die Schlangen an den Tafeln werden nicht nur am Monatsende immer länger. Mehr und mehr Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule. Klassenfahrten sind oft eine finanzielle Herausforderung. Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen reich sind: Rund eine Million sind Millionäre. Aber eine Vermögenssteuer wird nicht erhoben. DIE LINKE Essen will eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen eine Stadt, in der alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. In der das Leben für die Menschen wieder planbar ist. Wir

wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben müssen. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen bessergestellt werden.

Wir wollen eine Stadt, in der Reichtum das ist, was allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, saubere Umwelt, Kultur. In der Wohnen für alle bezahlbar ist. In der Natur und Klima geschützt und unsere Ressourcen nicht verschwendet werden. Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt

sind – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird. Dafür treten wir an. Gegen den Hass, die Abschottung und die Vorurteile der Rechten. Für Klimagerechtigkeit und gegen Klimawandelleugner*innen. Gegen Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für soziale Gerechtigkeit und Frieden und einen Aufbruch der Demokratie. Wir nennen die Namen derjenigen, die von prekärer Arbeit, Armutslöhnen, steigenden Mieten und Pflegenotstand in den Krankenhäusern profitieren. Wir wollen die Superreichen entmachten und Reichtum umverteilen. Wir sagen den herrschenden Verhältnissen, die für die ungerechte Verteilung von Reichtum, Vermögen und Macht sorgen, den Kampf an. Wir stehen auf gegen Rassismus und rechte Hetze. Für eine soziale Offensive für alle und eine solidarische Einwanderungsgesellschaft. Wir hören zu. Wir wollen wissen, was sonst niemand hören will. Wir wirken in den Parlamenten und streiten im Alltag für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir stehen für eine Revolution der Gerechtigkeit, die Armut beseitigt, gute Renten, gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und bezahlbares Wohnen für alle schafft.

DIE LINKE Essen wird sich an keiner Koalition beteiligen, die für ein „Weiter so“ steht. Wir wollen klare Veränderungen. Eine Koalition, die Sozialabbau, Stellenstreichungen, Privatisierungen, Zerstörung des Klimas betreibt oder Menschen abschiebt, ist mit der LINKEN Essen auf keinen Fall zu machen. Deshalb werden wir uns z.B. an einer Politik, die weiter auf die so genannte Schuldenbremse setzt oder Geflüchtete abschiebt, keinesfalls beteiligen. Eine mögliche Koalitionsvereinbarung werden wir unseren Mitgliedern zur Entscheidung vorlegen. Eine andere Politik wird nicht allein im

Parlament erreicht werden, sie braucht Druck. Druck aus der Gesellschaft, aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, aus Sozialverbänden. Druck von unten und Druck von der Straße. DIE LINKE Essen ist Teil und Verbündete, wenn es darum geht, diesen Druck aufzubauen. Und wir wollen ihn im Parlament in Veränderung übersetzen. Widerstand und Protest, die Gestaltung der Gesellschaft im Hier und Jetzt und die Vision einer über den Kapitalismus hinausweisenden Alternative bilden für unsere Politik ein unauflösbares Dreieck.

Die Ratsmitglieder der LINKEN binden sich an einen Verhaltenskodex. Sie stehen für die hier vorgestellten Ziele und Projekte. Sie erklären,

- die Programmatik der Partei DIE LINKE und das vorliegende Wahlprogramm aktiv zu vertreten;
- dass sie keine Spenden oder Geschenke von Lobbygruppen oder Großunternehmen annehmen.
- Bürger*innenwille und Gemeinwohl gehen vor Einzelinteresse.
- dass sie Informationen und Wissen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit zum allgemeinen Interesse einsetzen.
- Wir sind keine Partei der Hinterzimmer. Informationsfreiheit statt Geheimniskrämerei.
- dass sie mit Gewerkschaften, Verbänden & soziale Bewegungen zusammenarbeiten werden.
- Sie ziehen keine persönlichen Vorteile aus ihrer Rolle als Ratsmitglied.
- Ohne Dich geht es nicht. Gemeinsam können wir etwas erreichen: eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

